

Protokoll

24. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 02. November 2010, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher, FDP
Anwesend Stadtparlament:	30 Mitglieder (Ein Parlamentsmitglied trifft verspätet ein)
Anwesend Stadtrat:	Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Heidi Wiher-Egger, FDP, Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 24/ 1. Mitteilungen
- 24. 2. **Dringliche Interpellation**
- 24/ 3. Botschaft Objektkredit für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter für die Feuerwehr in der Höhe von netto Fr. 562'315.— inkl. MwSt.
 - Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 24/ 4. Botschaft Neue Dreifachturnhalle: Beteiligung (der Stadt Arbon) an den Baukosten in der Höhe von Fr. 4'400'000.—
 - Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 24/ 5. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011
- 24/ 6. Fragerunde
- 24/ 7. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Ich begrüsse sie und heisse sie zu unserer 24. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

Bald schon stehen wieder Wahlen an und die Parteien machen sich Gedanken, wie sie beim Volk am Besten ankommen. Auch im Parlament geht es oft darum, Überzeugungsarbeit zu leisten. In diesem Zusammenhang könnte vielleicht auch die Feststellung von Henry Ford, dem amerikanischen Automobilhersteller, uns inspirieren. Er sagte einmal: „Enten legen ihre Eier in aller Stille, Hühner gackern dabei wie verrückt“. Was ist die Folge? Alle Welt isst Hühnereier.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Im Moment sind 29 Mitglieder anwesend. Ekin Yilmaz wird etwas später eintreffen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 16.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten, ich stelle diese zur Diskussion.

Peter Hofmann, FDP/DKL: Sie sind von ihren Fraktionspräsidien über die Dringliche Interpellation „Neues Durchgangsheim für Asylsuchende in Arbon“ informiert worden. Eine Kopie davon haben sie an ihrem Platz vorgefunden.

Stellen sie sich einmal vor: In ihrer unmittelbarer Nähe, in einem ihrer Nachbarhäuser, würde ohne ihr Wissen ein Durchgangsheim für 35 bis 45 Asylsuchende eingerichtet und sie erfahren dies erst aus der Zeitung. Welche Gefühle würde das in ihnen auslösen? Wie würden sie reagieren?

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte da schnell unterbrechen. Wir sind jetzt bei der Traktandenliste und es geht darum, ob wir eine Traktandenänderung machen müssen.

Peter Hofmann, FDP/DKL: Ich komme gleich zum Antrag. Ich bin der Ansicht, dass wir als Parlamentarier, gewählte Vertreter der Arboner Bevölkerung, den wachsenden Unmut und die Unsicherheit der betroffenen Anwohner nicht ignorieren können und darum dieses Thema heute dringend behandelt werden muss.

Ich stelle daher den Antrag, dass diese Interpellation unter dem neuen einzuschiebenden Traktandum 24/2 mit dem Namen Dringliche Interpellation „Neues Durchgangsheim für Asylsuchende in Arbon“ in die Traktanden aufgenommen wird.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte diesen Antrag zur Diskussion stellen.

Erica Willi-Castelberg SP und Gewerkschaften: Es geht jetzt wirklich nicht um den Inhalt der Interpellation, sondern nur darum, ob wir sie für Dringlich erklären wollen und heute Abend oder an der nächsten Sitzung behandeln. Dringlich ist etwas, was drängt. Uns von der Fraktion SP und Gewerkschaften drängt in Bezug auf ein Durchgangsheim in Arbon einiges. Nein, es ist nicht das Heim selber, das uns beunruhigt, sondern wie damit umgegangen wird. Der Stadtrat merkte einfach nicht, wie sensibel das Thema ist.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Entschuldige Erica Willi-Castelberg, ich möchte auch dich darauf hinweisen, dass es einzig und allein um die Änderung der Traktandenliste geht.

Erica Willi-Castelberg SP und Gewerkschaften: Ich wollte nur begründen, warum wir zu diesem Schluss gekommen sind. Dann sage ich das nachher und mache es hier kurz. Da die Wogen schon mal hochgehen, aufgepeitscht worden sind, weil die Gefahr besteht, dass aus einem Sturm im Wasserglas, ein Tsunami in Arbon wird, sind auch wir für Dringlich-Erklärung.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich möchte zwei Abstimmungen machen. Die Erste geht darum, ob diese Interpellation als Dringlich erklärt wird, ja oder nein.

Silke Sutter Heer, FDP/DKL: Zuerst sollte jetzt die Abstimmung stattfinden, ob wir es überhaupt bei der Traktandenliste einführen. Wir sind immer noch bei der Traktandenliste. Dann, wenn wir zu diesem Traktandum kommen, entscheiden wir über die Dringlichkeit, ja oder nein und können dann darüber diskutieren.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich habe es falsch aufgedrückt. Es ging mir darum, wo wir dann anschliessend dieses Traktandum einschieben.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich sehe, es hat sehr viele Zuschauer in unserem Raum, darunter viele Rothemden. Ich meine, diese interessieren sich wenig für die Interpellation betreffend Asylantenheim, ja oder nein. Deshalb meine ich, die Interpellation und die Frage der Dringlichkeit, sollte als letztes Traktandum, vor der Fragerunde traktandiert werden. Ich stelle entsprechenden Antrag als Alternative zu demjenigen von meinem Kollegen Peter Hofmann.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dann haben wir zwei Anträge. Ein Antrag von Peter Hofmann, FDP/DKL mit Einschubung eines Traktandums 2 Dringliche Interpellation und den zweiten Antrag von Riquet Heller, FDP/DKL mit Einschubung eines neuen Traktandums 5, ebenfalls Dringliche Interpellation.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Entschuldigung, die Formulierung sollte etwas anders sein. Es stimmt, Peter Hofmann FDP/DKL hat diesen Antrag so gestellt. Wenn wir jetzt zustimmen und sagen ja „Dringliche Interpellation“ Traktandum 2, dann haben wir da schon zugestimmt. Könnte man das Traktandum 2 nicht weglassen und einfach Dringliche Interpellation und nachher welches Traktandum?

Riquet Heller FDP/DKL: Zur Klärung: Es geht nur um die Reihenfolge der Behandlung der Geschäfte, nämlich ob wir als Zweites sofort die Interpellation und die Dringlichkeitserklärung behandeln. Darüber wird dann beschlossen, nicht jetzt beschlossen, oder ob sie meinem Antrag folgen und dieses bereits jetzt schon ziemlich emotionale Problem am Schluss unserer Sitzung lösen. Ich bevorzuge Letzteres, um die Sachgeschäfte abtragen zu können.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Damit bleiben wir beim Vorschlag, wie ich ihn bebracht habe.

://: Der Antrag von Peter Hofmann, FDP/DKL obsiegt mit 16 Stimmen gegenüber dem Antrag von Riquet Heller, FDP/DKL mit 12 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Damit wird die Traktandenliste wie folgt geändert:

- 24/1. Mitteilungen
- 24/2. Dringliche Interpellation
- 24/3. Botschaft Objektkredit für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter für die Feuerwehr in der Höhe von netto Fr. 562'315.— Inkl. MwSt. Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 24/4. Botschaft Neue Dreifachturnhalle: Beteiligung (der Stadt Arbon) an den Baukosten in der Höhe von Fr. 4'400'000.— Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 24/5. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011
- 24/6. Fragerunde
- 24/7. Verschiedenes – Informationen aus dem Stadtrat

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 12. Oktober 2010

– Einladung mit Traktandenliste

Mit Versand 2 vom 19. Oktober 2010

- Kommissionsbericht für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter Feuerwehr
- Kommissionsbericht Neue Dreifachturnhalle: Beteiligung an den Baukosten

Per E-Mail am 27. Oktober 2010

- Das Parlamentsprotokoll der 23. Sitzung vom 14. September 2010

Bereits erhalten haben sie per Post am 01. Oktober 2010

- Voranschlag 2011 für die Parlamentssitzung am 07. Dezember 2010
- Voranzeige: 2. Arboner Sozialbericht

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro**1. Parlamentarische Vorstösse:**

Per Mail wurde die Dringliche Interpellation von Andrea Vonlanthen, SVP und Peter Hofmann, FDP/DKL eingereicht und liegt nun bei allen Parlamentsmitgliedern auf.

An der heutigen Sitzung ist dem Büro eine Einfache Anfrage abgegeben worden.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement, besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung einmal getagt.

1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen

(Sitzung EBK vom 29. September 2010)

- Zarza Alfonso Alba Irena, geb. 1994, spanische Staatsangehörige
- Yogeswaran Ratheepan, geb. 1993, srilankischer Staatsangehöriger
- Rashid Fosia, 1992, irakische Staatsangehörige
- Rashid Sarah, 1994, irakische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Wir beglückwünschen diese Gesuchsteller im Namen der Einbürgerungskommission und des Stadtparlamentes zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen in Zukunft noch mehr Interesse an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt.

2. zurückgestellte Gesuche

Das Einbürgerungsgesuch eines irakischen Ehepaares wurde zurückgestellt.

3. Zur Behandlung anstehende Gesuche

(Sitzung EBK vom 9. November 2010)

- Radovic Nebojsa, 1965, serbischer Staatsangehöriger
- Radovic-Radosavljevic Suzana, 1974, serbische Staatsangehörige
- Radovic Aleksandra, 1993, serbische Staatsangehörige
- Radovic Aleksandar, 1995, serbischer Staatsangehöriger
- Radovic Rade, 2000, serbischer Staatsangehöriger
- Berisha Besarta, 1989, serbische Staatsangehörige

- Osmani Hazir, 1967, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Osmani-Shkodra Zymryte, 1972, serbische Staatsangehörige
- Osmani Ervin, 1991, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Osmani Arlina, 1995, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Im Moment liegen noch 42 pendente Gesuche von 76 Personen vor. Zur Behandlung in der Einbürgerungskommission stehen aber nur noch 16 Gesuche von 26 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Alle anderen Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im Eidgenössischen Bewilligungsverfahren, oder sind vorerst zurückgestellt.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Danke Andrea Vonlanthen.

2. Dringliche Interpellation betreffend "Neues Durchgangheim für Asylsuchende in Arbon"

Nachdem die Interpellation für Dringlich erklärt worden ist, kann sie gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements sofort mündlich oder spätestens bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet werden.

Jetzt müssen wir abstimmen, ob sie für Dringlich erklärt wird oder nicht.

Riquet Heller, FDP/DKL: Entscheidend ob Dringlich erklärt wird oder nicht, ist nach meinem Dafürhalten die Meinung des Stadtrates, vorweg des Stadtammanns. Deshalb bitte ich um eine kurze Stellungnahme seitens des Stadtrates, namentlich des Stadtammanns, ob sie Dringlichkeit wünschen oder nicht.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich bin der Meinung, dass die Dringlichkeit schon gegeben ist, wenn überhaupt, muss es das Parlament sagen

Riquet Heller, FDP/DKL: Formell ist es so, dass wir nicht über die Interpellation zu diskutieren und zu bestimmen haben, sondern nur über die Dringlichkeit, ja oder nein. Darüber wird jetzt diskutiert und da ist nach meinem Dafürhalten die Bereitschaft des Stadtrates, beziehungsweise des Stadtammanns, ausschlaggebend. Wünscht er Dringlichkeit, kann von vielen Parlamentariern keine Opposition erwartet werden, verlangt der Stadtrat eher Aufschub und gründliche Vorbereitung der Antwort auf die Interpellation, wird über die Dringlichkeit wahrscheinlich im Rat gestritten werden.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich weise darauf hin, auf Art. 46 Abs. 3: Eine Interpellation kann vom Parlament auf Antrag der Interpellantin oder des Interpellanten für dringlich erklärt werden. In diesem Fall ist sie sofort mündlich oder spätestens bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten. Ob eine Diskussion zustande kommt nachher, ist dann wieder eine extra Abstimmung.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Es tut mir leid. Es ist wirklich am Anfang falsch gelaufen, darum haben wir jetzt dieses Durcheinander. Wir haben eigentlich die Interpellation schon für Dringlich erklärt, weil wir sie schon auf die Traktandenliste gesetzt haben. Eine Interpellation, die eingereicht wird, muss nicht traktandiert werden. Das stimmt eben wirklich nicht. Ich denke, es ist jetzt gut, wenn wir diese Abstimmung machen über die Dringlichkeit, dann haben wir Klarheit, obwohl wir jetzt ein wenig auf Nebenwegen sind, das ist ja egal.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dann schlage ich vor, wir machen noch diese Abstimmung über Dringlichkeit oder Nichtdringlichkeit, dazu hat der Stadtrat nichts zu sagen.

://: Der Antrag über die Dringlichkeitserklärung der Interpellation wird grossmehrheitlich angenommen.

Die Interpellation ist für Dringlich erklärt und nun geht es darum, dass die Interpellation sofort mündlich oder bis zur nächsten Sitzung schriftlich erklären kann und damit übergebe ich Stadtammann Martin Klöti das Wort.

Stadtmann Martin Klöti: Der Stadtrat ist für eine Beantwortung bereit. Wir könnten sie entweder heute mündlich beantworten oder ihnen die bereits beantworteten Fragen schriftlich übergeben. Ich könnte es uns leicht machen und sagen, hier ist das Papier, bitte lesen sie es. Der Stadtrat hat sich entschieden, beides zu tun, diese Fragen heute mündlich zu beantworten und ihnen zugleich schriftlich diese verbindliche Antwort zu geben. Wir hoffen, dass damit die Bereitschaft des Stadtrats ersichtlich ist, seriös zu dieser Frage sich zu äussern und darüber zu diskutieren er notfalls gewillt ist. Von daher dürfen sie auswählen, ob sie das Papier schriftlich möchten oder ob ich es mündlich beantworte. Wir sind bereit, ich mache diese Antwort sowohl als auch für den Fall, dass jetzt keine grosse Opposition entflammt.

Ich gehe direkt zu diesen Fragen, die uns gestellt wurden, die der Stadtrat in dieser Form, wie ich sie lese, abgesegnet hat.

1. Wann und wie wurde der Stadtrat von der Peregrina-Stiftung als neuer Besitzerin der Liegenschaft St. Gallerstrasse 99 erstmals über deren Absichten informiert?

Antwort:

Der Stadtmann wurde Anfang Juni 2010, unmittelbar vor der grundbuchamtlichen Beurkundung (morgens um 7.15 Uhr) von Regierungsrat Bernhard Koch persönlich informiert, dass die Peregrina-Stiftung die Liegenschaft an der St. Gallerstrasse 99 in Arbon kauft und dem Kanton zur Unterbringung von Asylsuchenden vermietet wird. Diese grundbuchamtliche Verschreibung erfolgte gleich danach, zwischen 09.00 Uhr und 10.00 Uhr am Vormittag.

2. Warum würdigte der Stadtrat die Pläne für ein neues Durchgangsheim für Asylsuchende sofort als „eine gute Sache“, ohne betroffene Kreise wie die Anwohner oder die Schulgemeinden zu informieren und anzuhören?

Antwort:

Alle Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohner haben auf ihrem Gemeindegebiet ein Durchgangsheim für Asylsuchende (Amriswil, Frauenfeld, Kreuzlingen mit dem Empfangs- und Verfahrenszentrum, Weinfelden, Romanshorn und Sirmach). Vor diesem Hintergrund kann Arbon mit rund 13'500 Einwohnern weder rechtliche, noch politische Gründe gegen das Vorhaben der Peregrina-Stiftung vorbringen. Nach Aufhebung des Durchgangsheims an der Badstrasse (1999) blieb Arbon während rund zehn Jahren ohne Durchgangsheim.

Den Standortgemeinden werden 30% der Durchgangsheimplätze an die Aufnahmequote angerechnet. Das heisst, die Gemeinde erhält weniger Personen aus dem Asylbereich als Pflicht zugewiesen, die sie betreuen muss. Zurzeit müsste Arbon 24 Asylsuchende aufnehmen, hat aber vorerst nur 12 aufgenommen und in angemieteten Wohnungen untergebracht.

In den Jahren 2004 bis 2007 hatte Arbon zwischen 41 und 77 Asylsuchende aufgenommen und diese unter anderem in der Liegenschaft Bahnhofstrasse 11 untergebracht. Für deren Betreuung fielen zu Lasten der Stadt Arbon Lohnkosten zwischen Fr. 50'000.— und Fr. 68'000.— pro Jahr an. Mit Abgeltung durch den Kanton, ergab sich doch jeweils eine ausgeglichene Rechnung. Durch den Rückgang der Zahlen ab dem Jahr 2008 konnten diese Kosten stark reduziert werden und ab 2009 entfielen sie ganz. Im Falle eines vom Kanton betriebenen Durchgangsheims werden die Betreuungskosten vollständig und direkt durch den Kanton übernommen.

Der Vorteil für die Stadt Arbon liegt also einerseits in der Entlastung des Pflichtkontingents und andererseits im Wegfall von Betreuungskosten, bzw. dem personellen und organisatorischen Aufwand. Hinzu kommt, dass die Peregrina-Stiftung als Auftragnehmerin vom Kanton über grosse fachliche und personelle Ressourcen verfügt. Die einheitliche Betreuung über den ganzen Kanton hinweg macht also grossen Sinn.

3. Wie stellt sich der Stadtrat zu den Vorwürfen der Anwohner, sie seien von Vertretern der Stadt nie konkret informiert worden und sie würden mit ihren Ängsten und Bedenken allein gelassen?

Antwort:

Die Informationshoheit bei diesem Projekt liegt beim Kanton. In Absprache mit der Stadt Arbon haben Personen von der Peregrina-Stiftung Ende September 2010 die Nachbarn über den Betrieb eines Durchgangsheims orientiert. Vor Aufnahme des Durchgangsheimbetriebs erfolgte demzufolge eine Information der Nachbarn.

4. Warum hält der Stadtrat den Standort der Liegenschaft St. Gallerstrasse 99 als geeignet für diesen Zweck? Hat er sich um Alternativstandorte bemüht?

Antwort:

Der Stadtrat erfuhr erst nach der bereits erfolgten Handänderung bei der Liegenschaft an der St. Gallerstrasse 99 davon, dass die neue Eigentümerin diese als Durchgangsheim vermietet. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage nach Alternativstandorten für den Stadtrat gar nicht.

In der Liegenschaft Bahnhofstrasse 11 wurden über Jahre bis über 30 Asylsuchende untergebracht und von einer Mitarbeiterin der Stadt Arbon betreut. Auch diese Liegenschaft liegt mitten im Quartier. Über diese inzwischen aufgelöste Wohnsituation sind keine nennenswerten Probleme bekannt.

Es war nie Sache der Stadt, sich direkt um Standorte in Arbon zu bemühen. Der Kanton hat alle Kontakte von sich aus geknüpft. Auf Grund von Hinweisen zu ortsansässigen Immobilienfirmen konnte der Kanton die Liegenschaft St. Gallerstrasse 99 erwerben.

5. Wann sollen die Asylsuchenden an der St. Gallerstrasse 99 einziehen? Bis wann müssen die jetzigen Mieter ausziehen?

Antwort:

Drei Wohnungen werden demnächst bezogen. Den verbleibenden Mietern wurde per Ende Januar 2011 gekündigt.

6. Mit welchen Asylsuchenden ist an der St. Gallerstrasse 99 zu rechnen? Sind es vor allem Familien oder Einzelpersonen? Aus welchen Ländern kommen sie? Wie lange sollen sie hier untergebracht sein?

Antwort:

Herkunft und Familienstatus von Asylsuchenden richten sich nach den Zuweisungen des Bundes. Das heisst: es können sowohl Familien als auch Einzelpersonen sein. Aus welchen Ländern die künftigen Asylsuchenden kommen, kann schwer voraus gesagt werden. Zurzeit stehen folgende Herkunftsländer im Vordergrund: Eritrea, Nigeria, Serbien, Sri Lanka, Afghanistan, Georgien.

Die Unterkunft in einem Durchgangsheim dauert in der Regel rund sechs Monate. Danach werden die Bewohner und Bewohnerinnen auf die Gemeinden verteilt entsprechend dem Verteilschlüssel.

7. Wie stellt sich der Stadtrat zur Wertverminderung der Liegenschaften im betroffenen Quartier, wie sie von den Eigentümern befürchtet wird?

Antwort:

Sollten die Eigentümer der umliegenden Liegenschaften ernsthaft Wertvermindierungen befürchten, bleibt es ihnen unbenommen, privatrechtlich Klage zu erheben. Öffentlich-rechtlich entspricht die Nutzung eines Mehrfamilienhauses zu Wohnzwecken dem zulässigen Nutzungszweck einer Wohnzone.

8. Ist der Stadtrat bereit, einen runden Tisch mit allen Beteiligten und Betroffenen durchzuführen, um die Wogen zu glätten und eine möglichst allseits akzeptierte Lösung zu finden?

Antwort:

Generell gilt es zu bedenken, dass eine Gemeinde in der Regel nicht verhindern kann, dass eine Liegenschaft die Hand wechselt. Die neue Eigentümerin wird die Handänderung kaum rückgängig machen in Anbetracht der Tatsache, dass sie die Liegenschaft für ihren Stiftungszweck benötigt. Die Nutzung als Durchgangsheim ist daher beschlossene Sache. Die verhandelbaren Faktoren für einen runden Tisch sind demzufolge gering.

Daher stellt sich die Frage, was die entsprechende Einberufung bewirken könnte. Zudem hat eine Orientierung der unmittelbaren Nachbarn bereits stattgefunden. Der Stadtrat ist aber gerne bereit, in einer Delegation mit den Verantwortlichen der Peregrina-Stiftung und/oder des Kantons ein weiteres Gespräch mit der Anwohnerschaft zu führen. Dies insbesondere zur Klärung der rechtlichen Verhältnisse und zur Information über die Entwicklung in der Umsetzung des Projekts.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Damit wurde die Interpellation mündlich beantwortet, als nächstes hätten somit die Interpellanten das Wort.

Andrea Vonlanthen, SVP: Auch im Namen von Peter Hofmann danke ich dem Stadtrat für die Flexibilität, dass er unsere Interpellation bereits beantwortet hat. Wie sie gehört haben, hat der Stadtrat vor allem technische Gründe vorgebracht, hat gesagt, die Informationshoheit liege beim Kanton, der Stadtrat könne quasi nichts machen. Wir sind da schon anderer Meinung und wir meinen die Antworten des Stadtrats bedürfen und verlangen doch noch nach einer vertieften Diskussion, deshalb möchten wir die Diskussion zur Antwort, überhaupt zu diesem ganzen Sachverhalt, beantragen. Wir bitten sie, diesem Antrag zuzustimmen.

://: Der Antrag auf Diskussion wird mit 16 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Peter Hofmann, FDP/DKL: Ich möchte hinter dem Standort Asylheim ein grosses Fragezeichen setzen. Es liegt mitten in einem Wohngebiet mit sehr vielen Mehrfamilienhäusern, in denen Familien mit Kleinkindern wohnen. Die Berufsschule sowie das Schulzentrum Stacherholz sind sehr nahe und auf der gegenüberliegenden Strassenseite werden Kleinkinder mit dem Schulbus abgeholt. Ebenfalls sind direkt angrenzend Mehrfamilienhäuser mit Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser im Eigentum, deren Besitzer empfindliche Wertverluste hinnehmen müssen und die nicht einfach ein Mietvertrag kündigen und wegziehen können.

Ich frage mich, gab oder gibt es wirklich keine Alternative zu diesem Standort, welcher nicht so zentral gelegen ist? Sind die vorher erwähnten Fakten bei der Standortwahl berücksichtigt worden? All diese Fragen beschäftigen auch die Anwohner, trotz aller vorhergehenden Erwähnungen. Was jedoch als besonders stossend empfunden worden ist, ist die Vorgehensweise, dass man als Steuerzahler der Stadt Arbon vom Kanton, der Peregrina-Stiftung, auch so empfunden vom Stadtrat, vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Eine vorgängige Information der Bewohner und Anwohner über das Projekt eines Asylheimes an diesem neuen Standort wäre meiner Meinung nach mehr als angemessen gewesen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir sprechen über Menschen und ein Problem, das verschiedene Menschen betrifft:

- Asylanten, die eine vorübergehende menschenwürdige Unterkunft brauchen.
- Anwohner, die von einer solchen Unterkunft Probleme verschiedenster Art befürchten.
- Politiker und Fachleute, die diese Unterkünfte bereitstellen und betreuen sollen.

Es geht hier um einen Dreiklang von Peregrina-Stiftung, Kanton und Gemeinde, wie der zuständige Regierungsrat Bernhard Koch am Mittwoch im Grossen Rat in einer Diskussion zu dieser Problematik betonte.

Zumindest, zu einem Drittel, ist die Gemeinde, die Stadt, mitverantwortlich und wenn sich die Gemeinde gewehrt hätte, wäre es nicht nach Arbon gekommen.

Die Gemeinde ist unsere Ebene, auf der wir diskutieren müssen und es sind die betroffenen Quartierbewohner. Sie haben am 4. Juni aus der Zeitung erfahren, dass an der St. Gallerstrasse 99 ein Durchgangsheim eröffnet werden soll. Stadtmann Martin Klöti sagte in einem Interview, er habe sich persönlich um diese Lösung bemüht. Für Arbon sei das eine gute Sache. Das widerspricht der Antwort von vorhin, in der es hiess Bernhard Koch hat mich angerufen und über die Einrichtung dieses Heims informiert. Bis Ende September hörten die Anwohner dann nichts mehr. Am 28. September wurden sie von einer Stimme dieses „Dreiklangs“, Kanton/Gemeinde/Stiftung, der Peregrina-Stiftung, informiert. Die beiden andern Stimmen haben weiterhin geschwiegen, auch jene der Stadt.

Die Vertreterin der Stiftung sagte es an diesem Abend: „Wir haben nicht früher informiert, weil es nur Widerstand gegeben hätte.“ Wohl darum hat auch der Stadtrat geschwiegen, ja gekniffen.

Ein solches Verhalten kann nur Unmut, Unverständnis und Ablehnung hervorrufen. Dass der Stadtrat professionell kommunizieren kann, hat er wiederholt bewiesen, Stichworte: NLK, Hafenerweiterung. Dazu hat er ja auch eine gut dotierte Kommunikationsstelle. Schwieriger wird es meist in alltäglicheren Fragen, wenn Bürger sehr direkt betroffen sind, Stichworte: Hundehaltung, Parkplatzbewirtschaftung, Asylantenheim.

Mit einer „Herr im Haus“-Mentalität ist gerade auch in der Frage eines Asylantenheims nichts gewonnen – im Gegenteil. Darum ist der Stadtrat gut beraten, wenn er die Anregung eines runden Tisches, von sich aus, mit allen Beteiligten und Betroffenen aufnimmt. Verständnis und Vertrauen können erst wieder wachsen, wenn ernsthaft versucht wird, die Wogen zu glätten und gerade auch für die Anwohner eine akzeptable Lösung zu finden.

In diesem Zusammenhang danke ich dem Verein Viva-Stadt-Arbon, dass er sich mit angemessenen Worten zum Sprachrohr der betroffenen Quartierbewohner macht. Als gewählte Volksvertreter sollten wir unsererseits besorgte Bürgerinnen und Bürger nicht im Regen stehen lassen.

Stadtmann Martin Klöti: Ich fühle mich angesprochen und zwar durch dieses Votum von Andrea Vonlanthen, in welchem er zitiert, dass ich mich persönlich bemüht hätte. Ich habe mich persönlich bemüht, mit einem Vorstoss im grossen Rat, der wollte, dass nicht die Gemeinden nun ihre Pflichtkontingente von heute auf morgen so erhöht bekommen sollen, wie das der Fall war. Wir waren schlicht überfordert, mit diesen Pflichtzahlen umzugehen. Stellen sie sich vor: wir kriegen 24 Asylsuchende zugewiesen, wir müssen uns um die Wohnungen kümmern. Wenn die Stadt bei Liegenschaftseigentümern anklopft und sagt wir bräuchten eine Wohnung für Asylsuchende, dann möchte ich sie mal hören, wie schnell wir da Wohnungen erhalten. Wir haben immer wieder Wohnungen bekommen, die Solidarität spielt, und ich möchte an dieser Stelle betonen, in diesem Durchgangsheim werden die Menschen, die hier um Asyl suchen, betreut, fachmännisch betreut von der Peregrina-Stiftung. Es handelt sich nicht um einen wilden Haufen von Drogenhändlern, Sexualverbrechern und Schwerstkriminellen, die in diesem Haus wohnen. Bitte machen sie hier einen Unterschied und seien sie in diesem Sinne menschenwürdig und tolerant.

Wir haben den Kanton aufgefordert, er möchte Durchgangsheime errichten, damit diese Arbeit professionell geleistet wird, damit diese Arbeit nicht auf die Gemeinden abgeschoben wird und glauben sie, das kostet sehr viele Ressourcen, wenn man herumtelefonieren muss, Wohnungen anmieten muss, die Leute dann dort unterbringen. Die Leute kommen mit nichts. Wir haben Sammlungen gemacht unter der Mitarbeiterschaft, für altes Geschirr, Besteck, Kleider usw. Es ist vieles zusammengekommen und wir haben die Leute versorgt. Wir müssen ihnen erst beibringen, wie eine Waschmaschine funktioniert, damit sie nicht die Katze reinsetzen. Es ist also nicht so einfach und diese Arbeit machen die Leute der Peregrina-Stiftung in diesen Durchgangsheimen. Das ist das, warum der Stadtrat dies eine gute Sache findet und ich darf sie schon bitten, wo sonst als in einem, in dem Menschen wohnen, sind sonst Wohnungen vorhanden. Wir haben keine Waldhütten und das ist auch nicht die Absicht eines Durchgangsheims. Es sind nicht Menschen, die man ausgliedern will aus der Gesellschaft, sondern das Gegenteil ist der Fall, man möchte sie eingliedern. Der erste Schritt der Eingliederung geschieht professionell durch Mitarbeitende der Peregrina-

Stiftung. Nach sechs Monaten, wenn sie akklimatisiert sind, werden sie erst den Gemeinden übergeben und die bleiben dann nicht in Arbon. Sie gehen in andere Gemeinden, die eben ihr Pflichtkontingent nicht erfüllen. Es gibt sehr viele kleine Gemeinden, die sich wunderbar herumgedrückt haben um solche Pflichtaufnahmen. Wir haben in den Jahren, wie ich zitiert habe, 2004 – 2008, eine riesige Menge aufgenommen, weil es einfach die Pflicht war. Wir haben unseren Job mit der Abteilung Soziales sehr gut gemacht. Ich bitte sie daher, nicht Stimmung zu machen gegen Menschen, die in einem geordneten Verhältnis, in einem Mehrfamilienhaus wohnen. Sie haben kein Recht als Nachbar, sich auszubedingen welchen Nachbar sie erhalten. Sie können nicht reinreden, wenn nebenan gestritten wird in einer Wohnung, Hauskräche oder irgendetwas geschieht, dieses Recht hat ein Schweizerbürger nicht. Daher, bitte, kümmern sie sich um ihre eigenen Angelegenheiten. In diesem Haus wird ordentlich gewohnt und es ist die Pflicht eines Staates, vom Bund, solche Leute aufzunehmen und wir erfüllen hier unsere Aufgabe und ich glaube wir machen es sehr gut so.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich glaube, dass es im Kern um etwas Anderes geht, als Andrea Vonlanthen vorhin erklärt hat und das will ich jetzt versuchen zu erklären.

Aufgepasst!

Ein gefährlicher Mann treibt sein Unwesen in meinem Wohnquartier. Ich beobachte ihn jeden Morgen früh, wenn ich die Zeitung aus dem Briefkasten hole, wie er auf leisen Gummisohlen die Strasse entlang pirscht, einen dunklen Mantel um sich geschlungen. Der macht Angst! Vorsorglich sind die Kinder der Nachbarin gewarnt und die Polizei weiss gleich wohin, sollten mal Schreie aus der Wohnung ganz hinten in unserer Strasse dringen. Und kürzlich, da stand der Kerl sogar am hellheiteren Tag einfach so auf der Strasse herum, wahrscheinlich wartete er auf einen Komplizen. Einfach so, gestylte Frisur, weisses Hemd, dunkler Nadelstreifenanzug und Seidenkravatte. Hilfe, der ist gefährlich! Haben doch genau solche Typen wie er in den letzten zwei Jahren nicht nur unserer Schweiz und ihrer Wirtschaft schwer geschadet, sondern die halbe Welt ins finanzielle Chaos gestürzt!

Wenn sie jetzt sagen, die fantasiert, haben sie Recht. Ebenso Recht habe ich, wenn ich sage, dass in den Köpfen mancher Leute ungerechte, ungerechtfertigte Vorurteile allen Asylsuchenden gegenüber festsitzen, ja festgenagelt sind.

Ich lese in der Interpellation: „Anwohner sind über die neue Nachbarschaft verärgert“, eine Nachbarschaft, welche sie noch nicht kennen! Die Interpellanten, wie auch die genannte Nachbarschaft, verurteilen, setzen ganz einfach voraus, dass irgendwelche Gauner, Dealer, Bösewichte daherkommen.

Besonders schlimm ist der Gedanke, dass die Liegenschaften im betroffenen Quartier Wertverminderungen erleiden müssten. Das ist ungeheuerlich, zeigt eine unglaubliche Menschenverachtung, legt ihre Einstellung zu Menschen anderer Ethnien bloss: Diese sind minderwertig, verderben das Geschäft mit den Liegenschaften. Ihre blosse Anwesenheit wirkt schon negativ, ist wertmindernd. Das ist erschreckend und sollte uns sehr, sehr hellhörig machen.

Uns geht es gut, unglaublich gut, wenn wir das Elend in gewissen Ländern und Regionen der Welt betrachten. Wie haben wir es verdient, nicht hungern zu müssen, bei Krankheiten mit Top-Medizin versorgt zu werden, unseren Kindern jede erdenkliche Schule und Ausbildung zukommen zu lassen, in Ruhe und Sicherheit zu leben?

Sind wir etwa bessere Menschen? Mitnichten! Wir haben einfach Glück – Glück in einem wohlhabenden demokratischen Staat mit guter Sozialversorgung geboren zu sein. Dafür dürften wir ein bisschen dankbar sein – Gott und/oder unserem Schicksal gegenüber. Und diese Dankbarkeit könnten wir sogar zeigen, indem wir anderen, die es auf die Schattenseite dieser Erdkugel verschlagen hat, beistehen. Menschen, welche vom Tod bedroht sind, welche Folterspuren am Leib tragen, welche vor Hunger und Hoffnungslosigkeit geflohen sind. Welche vom Paradies Schweiz gehört haben und voller Hoffnung Tausende von Kilometern unter Qualen und mit schrecklichen Erlebnissen hierher geflohen sind. Dass diese Menschen andere Gewohnheiten, andere Denkweisen und Verhaltensmuster mitbringen, ist wohl selbstverständlich. Davon lassen sich offensichtlich einige

beunruhigen und ängstigen. Das könnte uns aber auch neugierig machen, das könnte uns doch dazu bringen, diese Menschen kennen zu lernen, auf sie zuzugehen, sie könnten uns neue Horizonte zeigen und uns ideell bereichern. Wir hätten eine riesige Chance, Werte, echte christliche Werte in Arbon zu leben, nicht nur theoretisch, sondern ganz real.

Nun noch ein Wort zu allen die ein C in ihrer Partei tragen und, die sich besonders für christlich halten. Wie sagte doch schon der Prophet Sacharia? „Tut nicht Unrecht den Fremden und Armen!“ Und für diejenigen, die aufs neue Testament schwören sagte Matth. 25.35: „Ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben, ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben, ich war fremd und ihr habt mich bei euch aufgenommen. Ich war nackt und ihr habt mir Kleider gegeben, ich war krank und ihr habt für mich gesorgt, ich war im Gefängnis und ihr habt mich besucht.“

Die Interpellanten suchen nach einer allseits akzeptablen Lösung: Akzeptieren Sie, dass es Menschen gibt, welche bei uns Schutz und Glück suchen. Akzeptieren Sie, wenn diese Menschen anders sind, manchmal ganz anders. Sie sind jedoch eng begleitet, wie das unser Stadtmann schon gesagt hat, ein Büro der Peregrina-Stiftung befindet sich im Haus, dazu gibt es Zivildienstleistende und einen Aussenstellenleiter. Am Morgen erhalten sie Deutschunterricht, am Nachmittag leisten sie gemeinnützige Waldarbeit.

Was wir nicht akzeptieren müssen und wollen, sind selbstverständlich Gesetzesübertretungen, von wem auch immer. Vertrauen sie dann auf die Schweizerische Gesetzgebung und ihre Ordnungshüter, welche Gesetzesübertretungen ahnden und für Ordnung besorgt sein werden. Und akzeptieren sie diese Menschen ganz einfach als hilfsbedürftige Menschen in einer ausserordentlich schwierigen Notlage.

Ein deutscher Politikwissenschaftler sagte kürzlich in einem Interview:

„Wir leben in einer Misstrauensgesellschaft. Das nimmt der Entwicklung den Sauerstoff, die Dynamik.“ Wollen wir das für Arbon?

Roman Buff, CVP/EVP: Ich nehme den Ball gerne vom C oder E auf und es stimmt, was Erica Willi-Castelberg sagt. Im Judentum waren die Fremden oder das Fremde hoch geschätzt und wurden integriert. Ich bin froh, dass sie dieser Diskussion zugestimmt haben. Wir haben jetzt gründlich einen vertieften Horizont und Eindruck von den Worten von Martin Klöti und auch Erica Willi-Castelberg, bekommen. Ich denke, dabei sollten wir es belassen. Ich bin aber froh, dass der Stadtrat dennoch bereit ist und angeboten hat, einen runden Tisch durchzuführen mit den Anwohnern, der Peregrina-Stiftung und dem Kanton. Ich denke, das ist trotzdem gut, auch nach dieser Beantwortung der Interpellation wieder Ruhe einkehren darf für die Betroffenen.

Margrit Bollhalder Schedler, SVP: Zu Anfang war ich sehr erstaunt, was für eine Hektik diese Interpellation ausgelöst hat und ich staune auch über die entsprechenden Diskussionsbeiträge. Nun zur Sache: Selbst wenn Martin Klöti ausführt, dass die Informationshoheit beim Kanton liegt, hätte der Stadtrat trotzdem mit den betroffenen Menschen in dem Quartier eine Diskussion führen können. Es geht doch darum, dass diese Leute verunsichert sind, nicht einordnen können, was auf sie zukommt und von der ganzen Situation überfordert sind. Was beim Spielplatz Brühlstrasse sich bewährt hat, hätte sich doch bestimmt auch bewährt in einem solchen Rahmen mit den betroffenen Anwohnern zu sprechen. Bei den Ausführungen der Beantwortung der Fragen von Martin Klöti, dem kann man nichts entgegensetzen. Sie sind sehr rationell abgefasst, formell bestimmt richtig, aber sie lassen ein Gefühl und ein Verständnis für die betroffenen Anwohner vermissen, ich bedaure das. Ich bedaure auch, wenn das zutrifft, wenn der Stadtrat den Brief einiger betroffenen Anwohner nicht beantwortet hat, obwohl ja das Stadthaus ein Dienstleistungsbetrieb sein sollte. Ich möchte Martin Klöti bitten, zu beantworten, warum Briefe generell von Bürgern ignoriert werden.

Stadtmann Martin Klöti: Briefe werden generell beantwortet vom Stadtrat. Es ist mir rätselhaft um welchen Brief es sich hier handelt. Ich bekomme täglich zwischen 40 bis 50 Mailnachrichten. Wenn sie mich nicht direkt betreffen, gebe ich sie an die entsprechenden Fachstellen weiter und wenn es eine Antwort ist, die der ganze Stadtrat geben muss, dann sieht der Stadtrat diese Antwort an einer Sitzung. Ich kann es mir nicht erklären und ich wollte deswegen mit einem Verfasser des Briefes sprechen, habe mich verabredet auf den 1. November 2010, also gestern um 14.00 Uhr. Er

hat den Termin abgeblasen. Ich wäre gerne bereit gewesen, persönlich zu hören, worum es sich gehandelt hat.

Roland Schöni, SVP: Wir haben es gehört. Der Kanton schafft vollendete Tatsachen und orientiert dann die Stadt am Morgen, eine Stunde, bevor es verschrieben wird. Ist das die neue Masche des Kantons? Hat sich die Stadt gegen dieses Vorgehen gewehrt?

Zum weiteren: Es ist fraglich, wer nun wirklich nach Arbon kommt, was für Asylbewerber und da denke ich, dass die Stadt noch einen gewissen Spielraum hat. Selbstverständlich sind auch wir bereit, auch hier in Arbon, Asylbewerber aufzunehmen und grundsätzlich befürworte ich auch grössere Heime, die betreut werden. Ich würde sogar soweit gehen, Heime zu schaffen, die während 24 Stunden überwacht, beziehungsweise betreut werden könnten, aber das geht ja leider nicht. Es stellt sich die Frage, ob wir bald mit 30 Schwarzafrikanern an der St. Gallerstrasse 99 rechnen müssen. Was haben wir da entgegen zu halten? Ist der Stadtrat sicher, was hier für Leute kommen, wenn sie selber sagen, das sind keine Mörder, Vergewaltiger oder Räuber? Wir wissen ja manchmal selber nicht, was für Leute das sind, weil die Personalien nicht überprüft werden können. Es kommen junge starke Männer, Schwarzafrikaner und aus allen Ländern, die hier um Asyl suchen. Von denen rede ich, und liebe Erica, wir haben nichts gegen sie, wir reden nicht von Fremden, von Armen, von wirklich Asylsuchenden. Die Probleme sind da von denen, die Missbrauch betreiben und missbräuchlich in der Schweiz sind und unsere Institutionen missbrauchen. Da denke ich, dass der Stadtrat hier einen Augenmerk darauf halten soll, was für Leute hier nach Arbon kommen.

Zum Andern scheint mir doch, dass die Empfindlichkeit des Stadtrates mit diesem Problem gegenüber den Anwohnern der St. Gallerstrasse sehr mässig ist. Selbstverständlich haben diese mit Wertverminderung zu rechnen. Gut, ich wohne im Bergliquartier, heute und morgen kommt kein Asylantenheim dorthin, also interessiert es mich auch nicht gross, kann man sagen. Selbstverständlich werden die Liegenschaften an Wert verlieren, das ist ganz klar. Wenn man das als so grotesk beziffert, wie Erica Willi-Castelberg, das so sagt, dann kann sie ja in der Nachbarschaft ein Asylheim bewirtschaften. Zum andern möchte ich noch sagen, wir haben einen grossen Zuzug von Sozialhilfebezügerempfängern in Arbon. Sollen wir auch noch ein Auffangbecken für ein grösseres Mass von Asylsuchenden sein? Wie gesagt, niemand sträubt sich gegen Hilfsbedürftige und es ist wieder die SVP, die das Thema aufgenommen hat. Es erstaunt mich, dass ein grosser Teil der FDP gar keine Diskussion will, oder hier nicht zugestimmt hat, eine Diskussionsgrundlage, obwohl auch ihnen das Thema unter den Nägeln brennt. Riquet Heller weiss, wovon ich spreche. Es ist einfach der Wunsch da, und ich hoffe, dass sich der Stadtrat hier einsetzt und Einfluss nimmt, wer hier nach Arbon kommt.

Max Gimmel, FDP/DKL: Ich bin sehr wahrscheinlich einer der Wenigen hier im Saal, der Erfahrung hat mit Asylbewerbern in der Nachbarschaft. Ich habe die Bahnhofstrasse 15 bewohnt, gleich neben dem Asylantenheim, Bahnhofstrasse 11, und kann ihnen versichern, dass während all der Jahre keine Probleme mit der Nachbarschaft gewesen sind. Mich stört diese Diskussion jetzt hier, denn wir haben hier viele Leute, die eigentlich an einem Projekt arbeiten wollen, das Arbon vorwärts bringt. Wir aber bewegen uns am Rande des Rassismusgesetzes mit unseren Aussagen. Wir machen schwarz und weiss und diskutieren einfach so als wäre das unser allergrösstes Problem. Ich meine, wir haben sehr wohl Platz in Arbon für 30 Asylbewerbenden und die können sehr wohl in einem Quartier wohnen, das auch noch von nicht Asylbewerbenden bewohnt wird, weil es sonst ein Getto gibt. Deshalb, wenn schon immer wieder Integration auf Schulstufe, auf der Wohnerebene propagiert wird, dann ist das ein kleines Beispiel, wo das man beginnen kann. Ich denke es ist Zeit, dass wir diese Diskussion endgültig beenden.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich meine, es sei il liberal, heute den Liegenschaftsmarkt und das Mietwesen mit einem Bewilligungssystem zu versehen. Es ist nun einmal so, dass wir von einem freiheitlich liberalen Standpunkt her, Liegenschaften kaufen, mieten und verkaufen dürfen, wie wir wollen, wie Martin Klöti zurecht gesagt hat, Wertsteigerungen, wenn nebenan eine Arztpraxis aufgeht, ein Feinschmeckerlokal sein Pforten öffnet, dann ist der Mehrwert unser. Das Gleiche ist auch, wenn neben einer Liegenschaft eine Kehrtrichtdeponie entsteht, so ist es und damit haben wir zu leben und so ist der Liegenschaftsmarkt. Ich nehme an, zurzeit ist in Arbon der Liegenschaftsmarkt mit interessanten Projekten versehen, wo man eine Bewilligung einführen

könnte. Ich denke an das Hotel Metropol und die Migros dort, da sind grössere Umzüge im Gange, wo keine Bewilligung verlangt wird. Zu Recht, das ist unsere Privatsache und da hat sich der Staat nicht einzumischen. Ich habe die Liegenschaft an der St. Gallerstrasse, die die Pelegrina-Stiftung gekauft hat, besucht am Samstag. Es ist eine schlechte Liegenschaft, sie ist im schlechten Zustand und ich bin froh, dass sich irgendein Eigentümer um diese Liegenschaft kümmert und sie renoviert und dort wieder Bewohner hinein bringen will. Es hat noch zwei, drei Bewohner und die restlichen Briefkästen sind alle unangeschrieben. Es ist Zeit, dass dort wieder Leben hineinkommt.

Da Problem betreffend Sicherheit von uns allen, dass wir nicht in asoziale Sphären abgleiten. Das ist uns allen frei gestellt, wir sind alle freie Bürger. Jeder Mensch dieser Welt ist frei und wer gegen die Gesetze der Schweiz verstösst, der kriegt es mit der Polizei und der Strafjustiz zu tun. Das ist unser System und nicht ein generalisiertes, dass man gewisse Leute kennzeichnet, nach Haarfarbe, nach Hautfarbe, nach Rasse, sie dann konzentriert sie in Sicherheit bringt. Das wurde einmal gemacht über dem Bodensee und wird hier in der Schweiz nicht gemacht, da wird jede Person einzeln abgefertigt und einzeln abgeurteilt, wenn sie gegen unsere Regeln verstossen hat und nicht generell.

Sodann, einer der Anwohner an der St. Gallerstrasse, so ich mich erinnern kann, als alter Arboner, ist mir aufgefallen, dass er sich einmal für einen Fremdarbeiter, der unser Land hat verlassen müssen, sich sehr eingesetzt hat, weil er es ungerecht fand. Heute ist er offensichtlich auf der anderen Seite anzutreffen, weil er seine Eigentumswohnung offensichtlich in Gefahr sieht.

Dann kann ich ebenfalls aus einem aktuellen Beispiel meinerseits berichten. Die Villa Gröbli an der Berglistrasse, das war glaube ich die Nummer zwei, war auch einmal ein Asylantenheim. Ich habe wenig davon gespürt, es wurde eröffnet und wieder geschlossen. Ich habe den Leuten weder eine Begrüssung geschickt, noch habe ich etwas gesagt, als sie wieder gegangen sind. Es waren freie Leute und andere Leute, die dort wohnen wollten, wie ich auch.

Zum Schluss stelle ich noch Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion. Max Gimmel hat recht, es hat Leute hier, die warten auf Geschäfte, wo sie zuständig sind und etwas bewirken können. Hier können wir nichts bewirken, wir sind nicht zuständig.

://: Der Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion wird grossmehrheitlich angenommen.

Präsidentin Claudia Zürchr-Hägler: Der Vorstoss ist damit erledigt.

3. Botschaft Objektkredit für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter für die Feuerwehr in der Höhe von Fr. 562'315.— inkl. MwSt.

- Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dieses Geschäft ist uns von einer Kommission unter dem Vorsitz von Remo Bass vorbereitet worden. Die Kommission empfiehlt einstimmig dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den benötigten Objektkredit von Fr. 562'315.— zuzustimmen. Zum Eintreten übergebe ich das Wort Remo Bass, Kommissionspräsident.

Remo Bass, Kommissionspräsident: Bericht der vorberatenden Kommission zur Botschaft des Stadtrates, Objektkredit für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter für die Stützpunktfeuerwehr in der Höhe von Netto Fr. 562'315.— inkl. MwSt.

Die Kommission behandelte die Vorlage an einer Sitzung und dankt dem Vertreter der Feuerwehr, Hans Schuhwerk Feuerwehrkommandant, für die Begleitung. Die Botschaft des Stadtrates ist aus Sicht der Kommission sehr umfassend und detailliert abgegeben worden. Der Kommission dienten zu Entscheidungsfindung das Pflichtenheft und der Schlussbericht der Arbeitsgruppe Fahrzeugbeschaffung Autodrehleiter (ADL), sowie die Rechnungen für die Reparaturen vom Jahr 2009 und die Offerte der Firma Feumotech AG für den 10-Jahres-Service der Drehleiter DLK 23-12 aus dem Jahr 1988. dieses Fahrzeug ist noch immer betriebsbereit.

Gründe, jetzt über die Anschaffung einer neuen Autodrehleiter zu befinden:

Die alte Drehleiter, die vor 22 Jahren angeschafft wurde, ist reparaturanfällig geworden. So musste im Jahre 2009 Reparaturen um die Fr. 11'000.— ausgegeben werden. Auch in diesem Jahr ist man von Reparaturen nicht verschont geblieben. Der 10-Jahres-Service zu Fr. 39'000.— und das wieder herrichten der Vorspannung des Leiterpakets sollen im kommenden Jahr ausgeführt werden. Dazu müsste das gesamte Leiterpaket zerlegt und neu aufgebaut werden, Kosten um die Fr. 76'000.—, total mehr als Fr. 110'000.—. Das Fahrgestell, sowie die Drehleiter müssen auf den neusten Sicherheitstand gebracht werden.

Die Firma IVECO AG wurde zu einer Vorführung am 24. April 2010 eingeladen. Die Arbeitsgruppe war aufgrund des technischen Know-how und der überzeugenden Präsentation einstimmig für dieses Fahrzeug.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Weitere Voten zum Eintreten?

Andreas Brüscheiler, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Arbeitsgruppe, Fahrzeugbeschaffung ADL, dem Stadtrat und den Kommissionsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Bei der SVP wird die Sicherheit gross geschrieben. Einerseits bei der Sicherheit von Personen und Tieren im Ernstfall, andererseits auch die Sicherheit der Angehörigen der Feuerwehr bei den Übungen. Wir haben die Botschaft und den Kommissionsbericht behandelt. Die Vorteile der neuen ADL überzeugen, wir sind einstimmig für Eintreten.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Zweiundzwanzig Jahre hat sie auf dem Buckel, die gute alte Autodrehleiter, welche manche von uns in bester Erinnerung behalten werden, weil sie das Vergnügen hatten, bei einem Besuchertag oder einer Demonstration sich damit hoch über die Dächer Arbons hieven zu lassen. Zweiundzwanzig Jahre sind für technische Anlagen und Instrumente eine lange Zeit, auch wenn das Fahrzeug zum Glück nicht allzu oft im Ernstfall eingesetzt werden musste. Trotzdem lohnt sich eine Reparatur nicht mehr, davon habe ich mich überzeugen lassen. Der Verschleiss wird in absehbarer Zeit noch andere Teile befallen, was zu laufenden und kostenintensiven Reparaturen führt, ohne qualitative Besserleistung.

Die Fraktion der SP und Gewerkschaften befürwortet deshalb das Eintreten und damit auch die Anschaffung einer neuen Autodrehleiter mit all ihren Vorzügen, wie flexiblem Gelenkarm, fester Wasserleitung und Luftleitung bis in den Korb, mehr Platz im Korb, guten technischen Abgasnormen usw. Es ist wichtig und richtig, die Arbeit der Feuerwehrleute damit bestmöglich zu unterstützen und ihnen gute Bedingungen für ihren uneigennütigen Einsatz zu bieten. Eine Gelegenheit auch, ihnen damit unsere Wertschätzung zu zeigen.

Ruedi Strasser, CVP/EVP: Die CVP/EVP Fraktion sieht es als Notwendigkeit an, dass die Stützpunktfeuerwehr Arbon für ihre Einsätze über Rettungsgeräte verfügen können, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Auch die Zuverlässigkeit des Fahrzeuges sehen wir als wichtigen Punkt an. Aus diesen Gründen ist die CVP/EVP Fraktion für Eintreten.

Riquet Heller, FDP/DKL: Namens der FDP/DKL Fraktion stelle ich den Antrag, auf die Vorlage des Stadtrates gemäss seiner Botschaft, einzutreten. Der Zeitpunkt zur Anschaffung einer neuen Drehleiter ist günstig. Die alte Leiter ist 20-jährig, es stehen grössere Unterhaltsarbeiten an, die zu hundert Prozent auf Kosten unserer Stadt gehen. Innert zwanzig Jahren hat auch der Autodrehleiterbau technische Fortschritte durchgemacht. Es gilt sich wieder à jour zu bringen, um im Ernstfall nicht mit einer Museumsleiter ausrücken zu müssen, und last but not least, die Gebäudeversicherung zahlt uns fünfzig Prozent an die Kosten einer Neuanschaffung, dies zum Unterschied zu Unterhaltsarbeiten, wo uns die Versicherung nichts bezahlt.

An dieser Stelle, möchte ich namens meiner Fraktion, dem Präsidenten der vorbereitenden Kommission, unserem Parlamentsmitglied Remo Bass, für seine Arbeit, sowie dem städtischen Feuerwehrkommandanten, Mayor Hans Schuhwerk und seiner Kadergruppe danken, welche die nötigen Vorarbeiten geleistet haben und auch unsere parlamentarische Kommission mit allen nötigen Informationen bedient haben. Diese Feuerwehrleute bekunden auch ihr Interesse, indem sie

ausgeharrt und uns eine Stunde zugehört haben über einen Gegenstand, wo wir nicht zuständig sind. Jetzt sind wir zuständig, deshalb bittet die FDP/DKL Fraktion um Eintreten.

Stadträtin Veronika Merz: Am 28. Juni 1987 genehmigte die stimmberechtigte Bevölkerung von Arbon einen Kredit von Fr. 341'250.— für die Anschaffung einer Autodrehleiter. Das war damals die Hälfte des Kaufpreises, denn auch damals subventionierte die Gebäudeversicherung des Kantons die ADL.

Heute muss dieses Fahrzeug ersetzt werden. Dafür braucht es heute fast den doppelten Kredit. Der Stadtrat beantragt dem Parlament einen Kredit von Fr. 562'315.—. Die Mehrwertsteuer ist dabei eingerechnet. Auch hier beteiligt sich die Gebäudeversicherung mit der anderen Hälfte dieses Betrages.

Die alte Autodrehleiter hat ausgedient. Die Reparaturen mehren sich und gehen ins Geld. Zudem kann die Feuerwehr Arbon, und damit natürlich die Bevölkerung von Arbon und Umgebung, vom technischen Fortschritt vor allem im Bereich Drehleiter ganz klar profitieren.

Ich konnte mich an der Vorführung zweier Typen der Autodrehleiter der Firma IVECO-MAGIRUS davon überzeugen, dass vor allem die Handhabung des Gelenkarmes und des Rettungskorbes eine klare Verbesserung für Rettungen und Brandbekämpfung bringt:

1. Für Menschen und Gebäude: die Vorbereitungszeit wird deutlich verkürzt, die Rettung ist auch über Dächer möglich und für Betroffene wesentlich verbessert. Eine äusserst intelligente Führung des Gelenkarmes (sogar mit Autopilot und Memory) und eine spezielle Ausfahrtechnik für die „Standbeine“ ist im Altstadtbereich entscheidend.
2. Für die Miliz-Feuerwehr bietet die neue ADL entscheidende Vorteile unter anderem im Bereich Atemschutz, sowie dank einer Sprühanlage am Rettungskorb und durch die bedienungsfreundliche Handhabung und Zugänglichkeit des Rettungskorbes für die Einsatzkräfte.

Als Stützpunktfeuerwehr wird Arbon mit diesem Fahrzeug einen wesentlichen Beitrag zu Brandbekämpfung und Rettung in der Region Arbon leisten können. Deshalb ist die Gebäudeversicherung auch bereit, die Hälfte des Anschaffungsbetrages zu übernehmen.

Die Ersatzbeschaffung der Autodrehleiter ist durch das Kader der Feuerwehr Arbon sehr umfassend und durchdacht an die Hand genommen worden. Das vorgeführte Fahrzeug wurde sozusagen auf Herz und Nieren geprüft, mit klaren, nachvollziehbaren Kriterien. Das Kader der Feuerwehr hat der Feuerschutzkommission einstimmig die Anschaffung der ADL der Firma IVECO-MAGIRUS empfohlen. Kommission und Stadtrat sind dieser Empfehlung mit Überzeugung gefolgt. In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat heute dem Stadtparlament, auf die Vorlage einzutreten und dem Anschaffungskredit zuzustimmen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Das Eintreten scheint unbestritten. Dann kommen wir zur materiellen Beratung. Ich übergebe nochmals das Wort an Remo Bass.

Remo Bass, Kommissionspräsident: Der 10-Jahres-Service zum Preis von Fr. 39'600.— steht an. Bei der Inspektion des Drehleiterparkes wurde festgestellt, dass die Vorspannung nicht mehr den Anforderungen entspricht. Die Vorspannung ist nötig, damit die Leiterelemente auch im flachen Winkel eingefahren werden können. Diese Leiterrevision muss innert zwei Jahren durchgeführt werden. Die Kosten für die Revision belaufen sich auf ca. Fr. 76'000.—. Zusammen ergeben sich, so unmittelbar bevorstehende Unterhaltskosten für die alte Feuerwehrdrehleiter, von mehr als Fr. 110'000.—. Das Pflichtenheft zur Beschaffung einer neuen Drehleiter mit Gelenkarm wurde sorgfältig und unter Beizug einer Fachperson sehr genau vorbereitet.

Nur die Firma IVECO-Schweiz AG konnte eine Offerte gemäss Pflichtenheft anbieten. Die anderen Anbieter haben keine Autodrehleiter mit Gelenkarm im Sortiment und haben sich von einer Offertabgabe zurückgezogen.

Warum Gelenkarm? Mit einem Gelenkarm an der Spitze der Leiter, können Rettungen über Dachvorsprünge hinweg sehr flexibel, sicher und genau durchgeführt werden. Zudem kann der Korb fürs Besteigen und Aussteigen in Fahrtrichtung über die Führerkabine zu Bodern gelassen werden, grosser Vorteil, sie ist auch platzsparend.

Weitere Vorteile: Das Löschwasser wird durch eine feste Wasserleitung, die in der Leiter integriert ist, hochgepumpt. Die im Korb arbeitende Person braucht das schwere Atemschutzgerät nicht zu tragen. In der Leiter ist nebst der Wasser- auch die Atemluftleitung integriert, die direkt an die Sauerstoffmaske angeschlossen werden kann. Im Korb ist viel mehr Platz für die Handhabung mit der Bahre. Grosse Zeitersparnisse und weniger Personal beim Einrichten im Einsatz.

Zur alten Drehleiter: Gemäss Pflichtenheft hatte die Offerte die Rücknahme der alten Drehleiter zu enthalten. Der Rücknahmepreis laut Offerte IVECO Schweiz AG ist Fr. 20'000.— für ein 22-jähriges Fahrzeug. Ein freier Verkauf kommt nicht in Frage, da dies mit Haftpflicht- und Garantieansprüchen verbunden wäre. Der Motor EURO1, bzw. EURO 0, des alten Fahrzeuges stösst viel Russ aus, was die Augen reizt. Dies entsteht durch die Verrussung der Brändräume. Die Drehleiter wird für Übungszwecke und Einsätze wöchentlich mehrmals in Betrieb genommen. Die Abgaswerte des Motors entsprechen nicht mehr den heutigen Normen. Die Diskussion ergab, dass die Anschaffung einer neuen Drehleiter, der Marke IVECO Schweiz AG, mit Gelenkarm unbestritten ist. Die neue Drehleiter hat viele Vorteile, was Einsätze rascher und effizienter macht. Dank der neuen Technik, ist das Bedienen der Leiter zudem einfacher geworden. Die Kommission beantragt deshalb einstimmig die Annahme der Botschaft des Stadtrates durch das Parlament.

Ich möchte der Arbeitsgruppe sowie dem Kommandanten danken für die seriös geleistete Arbeit. Ebenfalls möchte ich meinen Kommissionsmitgliedern danken für die effiziente Sitzung.

Andreas Brüscheiler, SVP: Wie eingangs erwähnt, sind der SVP die Aspekte der Sicherheit von grosser Wichtigkeit. Wir schätzen die Arbeit unserer Stützpunktfeuerwehr sehr und möchten uns für ihren freiwilligen Einsatz bedanken. Es ist zu betonen, dass wir ein Milizsystem haben, das bedeutet, dass auf die Infrastruktur jederzeit Verlass sein sollte. Die jetzige ADL hat in den letzten Jahren bei Übungen und Einsätzen doch schon manchen Dienstleistenden ins Schwitzen gebracht, weil Funktionen ausfielen oder mechanische Abnutzung und Ermüdung des Materials, die Rettungen erschwerten und zeitlich zusätzlich verlängerten. Die finanziellen Aspekte bezüglich der anfallenden Reparaturen der heutigen ADL, wie sie in der Botschaft erwähnt werden, überzeugen nur bedingt. Die neue und auch teure ADL wird im Unterhalt nicht wesentlich günstiger sein als diejenigen der jetzigen ADL. Die neue ADL ist aber technisch auf dem neusten Stand, entspricht den heutigen Sicherheitsstandards und verfügt über neues Zubehör und hilfreiche Features, die vorhin erwähnt wurden. All diese zusätzlich technischen Errungenschaften ermöglichen vor allem einen viel schnelleren, effizienteren und sicheren Einsatz bei Ernstfällen.

Aus diesen Gründen, bittet sie die SVP einstimmig, diesem Objektkredit zuzustimmen.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich möchte kurz drei Punkte erläutern, die vielleicht ein bisschen zu kurz gekommen sind, sonst ist der Bericht ja ausführlich und instruktiv.

Sie werden sich gefragt haben warum in der neuen Autodrehleiter ein Dieselmotor sein muss, der den neusten Euroabgasen standhält? Ein neuer leistungsfähiger Motor der die Umwelt weniger schont, wäre doch eher am Platze gewesen. Das trifft tatsächlich zu. Eine Autodrehleiter ist kein Postauto und kein Überlandlastwagen, der hunderttausende von Kilometern fährt und während seiner langen Betriebszeit Tonnen von Dieselöl verbrennt und damit umweltschonend arbeiten muss. Unsere 22-jährige Drehleiter hat gerade mal sechzehntausend Kilometer auf dem Zähler und ca. tausend Betriebsstunden. Lange Reisen werden mit einer Autodrehleiter nicht gemacht, Umweltschutzanforderungen hat der Motor nicht gross zu erfüllen Auch die Abgase eines umweltschonenden Dieselmotors sind zudem immer noch keine Atemluft für die Leiter-Bedienungsmannschaft, weshalb die Abgase nach wie vor wegzuleiten sind, damit man nicht in diesem Rauch und Abgasen zu arbeiten hat. Warum also gleichwohl ein umweltschonender Motor? Ganz einfach, weil es standardmässig keine anderen Dieselmotoren mehr gibt, sie werden nicht

mehr produziert. Eine Spezialanfertigung käme teurer zu stehen als ein Motor ab Stange. Gerne nehmen wir darum diesen abgasarmen Dieselmotor entgegen, als Surplus.

Clou der neuen Drehleiter, dies als zweiter Punkt, ist der schwenkbare Arm an der Leiterspitze. Mit einem Abwinkeln an der Leiterspitze kommt man nicht nur über Vordächer an Dachfenster und zurückversetzte Brandherde heran, sondern kann Leute, namentlich gerettete Personen, nach dem Einfahren der Leiter auch über das Fahrzeug und über die Fahrzeugkabine nach vorne aussteigen lassen, ohne dass die Leiter ganz absenkt wird, weil dann der Schwenkarm abgesenkt werden und man die Autodrehleiter verlassen kann. Steht die Autodrehleiter in einer engen Gasse unserer Altstadt oder in einer Strasse mit beidseits parkierten Autos, ist dies ein entscheidender Vorteil. Die jetzige Autodrehleiter hat es nötig, dass man sie zur Seite bis ganz zum Boden hinabsenken kann. Man kann sie nicht nach vorne bis ganz zum Boden absenken. Kommt dazu, dass am Kopf des neuen Schwenkarms dann allerlei Neuheiten, sogenannte Features installiert sind. Eine davon ist beispielweise auch die Fernsehkamera. Es wurde mir gesagt, dass sich damit der Feuerwehkommandant ein Bild der Lage machen kann, ohne dass ein Mann dort hinauf geschickt werden muss. Mit dieser Farbkamera kann sich der Kommandant ein erstes Bild der Lage machen, ohne dass er einen Mann in Gefahr bringen muss.

Was ist ein Vorspann? Es wird immer wieder diskutiert, die alte Leiter hätte zuwenig Vorspann. Vorspann der Leiter ist nötig, dass wenn sie mit Gewicht versehen und ausgefahren ist, dieses Gewicht wieder kompensieren kann, so dass sie, wenn sie ausgefahren ist und mit einem gewissen Neigewinkel dasteht, überhaupt wieder eingefahren werden kann. Es wäre ja nichts Peinlicheres, als wenn ein Gewicht oben an der Leiter ist und nicht mehr eingefahren werden kann. Ich bitte sie, die alte 20-jährige Leiter diesbezüglich mit einer weniger elastischen Leiter zu ersetzen und dem entsprechenden Kredit zuzustimmen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zur Beschlussfassung. Ich möchte sie noch darauf hinweisen, dass wir vollzählig sind. Das absolute Mehr beträgt 16.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Der Antrag lautet wie folgt: Der Stadtrat beantragt ihnen die Ersatzanschaffung einer neuen Autodrehleiter mit Gelenkarm für die Feuerwehr und den Netto-Objektkredit von Fr. 562'315.— inkl. MwSt. zu genehmigen.

://: Der Antrag gemäss Botschaft des Stadtrates vom 28. Juni 2010 wird einstimmig angenommen.

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss nicht dem fakultativen Referendum beziehungsweise dem Behördenreferendum.

Abschliessend möchte ich im Namen der Parlamentsmitglieder den Mitgliedern der vorberatenden Kommission und dessen Präsidenten Remo Bass, CVP für die geleistete Arbeit einen Dank aussprechen.

4. Botschaft Neue Dreifachturnhalle: Beteiligung (der Stadt Arbon) an den Baukosten in der Höhe von Fr. 4'400'000.—

- Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dieses Geschäft ist uns von einer Kommission unter dem Vorsitz von Fabio Telatin vorbereitet worden. Die Kommission empfiehlt einstimmig dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den benötigten Projektkredit von Fr. 4'400'000.— zuzustimmen, sowie die Annahme der jährlichen wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten von 33,33% (ca. Fr. 110'000.—). Zum Eintreten übergebe ich das Wort Fabio Telatin, Kommissionspräsident.

Fabio Telatin, Kommissionspräsident: Die Kommission behandelte die Vorlage an zwei Sitzungen und dankt den Vertretern der Stadt Arbon für die konstruktive Mitarbeit, die Beschaffung weiterer Unterlagen und das Tätigen verschiedener Abklärungen. An der ersten Sitzung präsentierten Hanspeter Keller Präsident SSG-Arbon und Dr. oec. Christoph Tobler, IG-Sport das Projekt und informierten darüber. Fragen zum Bau und den Finanzen wurden ihrerseits umfassend beantwortet.

Mit der Botschaft vom 12. Juli 2010 beantragt der Stadtrat ihnen, dem einmaligen Baubeitrag für die neue Dreifachsporthalle von Fr. 4'400'000.— zuzustimmen.
(4,2 Mio. Franken durch die Stadt Arbon und 0,2 Mio Franken durch die IG-Sport)

Mit gleicher Botschaft beantragt der Stadtrat ihnen, den jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten für die neue Dreifachsporthalle von 33,33% (ca. Fr. 110'000.—) zuzustimmen.

Ich gehe davon aus, dass die Botschaft des Stadtrates und der Kommissionsbericht den Anwesenden bekannt ist.

Ich möchte darum nur auf einige Punkte hinweisen:

Die letzte neue Dreifachturnhalle wurde 1972, also vor 38 Jahren gebaut, ausschliesslich auf Bedürfnisse der Schulen ausgerichtet.

- Minimale Massen
- Keine Nebenräume
- Keine Tribüne oder Galerie
- Keinen Mehrzweckraum

Eine Sporthalle für zusätzliche Bedürfnisse der Vereinsnutzung fehlt. Ein ausgewiesener Bedarf ist gemäss GESAK (Gemeindeübergreifendes Sportanlagenkonzept) vorhanden, auch entsprechen die alten Hallen nicht mehr den neusten Anforderungen.

Sporthallen sind mehr als nur Schul- und Vereinssporthallen, sie sind ein Treffpunkt für ein „Miteinander“ ein Treffen zwischen Generationen, für Menschen verschiedener Kulturen- und Glaubensherkunft. Beim Sport und Spiel, ein mit und gegeneinander, wo Regeln einzuhalten sind, heisst für mich noch immer, es ist das Beste für Toleranz, Integration und um Vorurteile abzubauen, es fördert das soziale Zusammenleben. So können wir das direkt 1:1 umzusetzen. Die Menschen gehen aufeinander zu, es ist ein Miteinander, ein „Fair Play“.

Das Parkplatzkonzept ist nicht im Projekt enthalten.

Die Kommission ist einstimmig fürs Eintreten und ich bitte sie im Sinne der Kommission zu folgen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Weitere Voten zum Eintreten?

Andreas Näf, FDP/DKL: Seit Jahren besteht ein Engpass bei den Turn- respektive Sporthallen auf dem Platz Arbon. Nicht nur die Schulen benötigen mehr Turnraum, sondern auch die Vereine. Viele Bedürfnisse der Vereine oder deren Mannschaften können mit der jetzigen Infrastruktur nicht mehr abgedeckt werden.

Es ist nun mehr als an der Zeit, eine neue Dreifachsporthalle mit Zuschauertribüne in Arbon zu bauen. So haben auch wir wieder eine zeitgemässe Infrastruktur, wie sie zum Standard einer Stadt wie Arbon gehört. Aus diesen Gründen ist die FDP/DKL Fraktion einstimmig für Eintreten.

Ueli Troxler, SP und Gewerksschaften: Die SP Fraktion möchte auf das Geschäft eintreten. Breitensport, Bewegung und körperliche Ertüchtigung sind gut für die Gesundheit und Geselligkeit. Die SP Fraktion befürwortet deshalb den Betrag der Stadt im Umfang von 4'400'000 Mio. Franken für die Dreifachsporthalle.

Die SP Fraktion ist der Ansicht, dass für dieses Objekt keine weiteren Parkplätze geschaffen werden müssen. Mit dem NLK Projekt wird sich die Stadt auch für die Bewirtschaftung der Parkplätze verpflichten. Zudem kann den Sportlern und Sportlerinnen zugemutet werden auch mit dem ÖV, Velo, Flyer oder zu Fuss die neue Halle zu erreichen, als Beitrag zum integrierten Verkehrsmanagement der Stadt Arbon.

Die SP Fraktion möchte auch darauf hinweisen, dass die Dreifachsporthalle der Stadt jährlich Kosten im Umfang von 2 Steuerprozenten verursacht. Dies muss in den zukünftigen Budgets eingeplant werden.

Wir behalten uns vor, weitere Fragen bei der materiellen Behandlung zu stellen.

Rosmarie Wenk, CVP/EVP: Bei dieser wichtigen Vorlage geht es primär um die einmalige Beteiligung an den Baukosten in der Höhe von Fr. 4'400'000.— und um die jährlichen wiederkehrenden Betriebs – und Unterhaltskosten von 33,33% in der Höhe von ca. Fr. 110'000.— der Stadt Arbon. Vom Kanton ist eine Kostenbeteiligung von Fr. 4'800'000.— zugesagt. Der Lead für den Bau hat die Sekundarschulgemeinde Arbon. Materielle Änderungen am Projekt können nicht angebracht werden. Das Parlament muss nur ja oder nein zur Kostenbeteiligung sagen.

Die drei Körperschaften Sekundarschulgemeinde Arbon, der Kanton Thurgau und die Stadt Arbon ziehen am gleichen Strick und möchten die Chance packen und dem Projekt Neue Dreifachturnhalle zum Durchbruch verhelfen, damit dieses zukunftsprächtiges Projekt für die Sportgemeinde endlich realisiert werden kann. Viele noch nicht stimmberechtigte jungen Sportler und auch die Erwachsenen sagen sicher nicht „Nein Danke“, wenn sie eine zeitgerechte Sporthalle erhalten.

Sprechen wir Arboner Parlamentarier ein überzeugtes Ja zum Projekt „Neue Dreifachsporthalle Arbon“! Die CVP/ EVP Fraktion ist einstimmig für Eintreten zu der Botschaft des Stadtrates.

Andreas Brüscheiler, SVP: Die SVP Fraktion bedankt sich bei Hanspeter Keller, Dr. Christoph Tobler von der IG-Sport, den Vertretern der Stadt und der Kommission für die geleistete Arbeit. Der SVP ist es ein Anliegen, dass die Stadt über gute Sportanlagen verfügt. Aktive und motivierte Sportvereine leisten wertvolle und günstige Jugendarbeit.

Ähnlich wie bei der NLK hat die Stadt erneut die Möglichkeit, sich mit einem relativ geringen Kostenanteil an einem grossen Projekt zu beteiligen. Diese Botschaft lässt Ähnlichkeiten mit derjenigen der NLK aufkommen. Leider gibt es trotzdem einen frappanten Unterschied. Die vorbildlich ausgearbeitete Botschaft der NLK, die für jede zustellende Frage eine Antwort hatte, lässt sich in keiner Weise mit derjenigen der Sporthalle vergleichen. Zum Kernpunkt Verkehrskonzept und Parkierung ist in der Botschaft nur eine Absichtserklärung zu finden, aber noch keine definitive Lösung. Wir haben mit dem Kommissionsbericht in letzter Minute zwei Vorschläge für diese Problematik erhalten. Die SVP unterstützt das Vorhaben und ist einstimmig für Eintreten unter einem Vorbehalt, der anschliessend von Andrea Vonlanthen begründet wird.

Andrea Vonlanthen, SVP: Eine Vorbemerkung zuhanden der FDP. Sollte die FDP auch hier Abbruch der Diskussion beantragen, bitte ich sie das dann zu tun, wenn nicht sie das letzte Wort hat. So wie das vorhin gelaufen ist, war das doch nicht sehr stilvoll und sehr demokratisch. Man hat das letzte Wort und beantragt dann Abbruch der Übung.

Ich komme zur Sache. Die SVP ist überzeugt, dass mit diesem Projekt ein wesentlicher Beitrag für die Jugend, für die Vereine, ja für die Arboner Gesellschaft geleistet werden kann, und dies in beispielhafter Zusammenarbeit zwischen Schule, Kanton und Stadt.

Wir bedauern, wie angetönt, dass die Botschaft des Stadtrats diesem wichtigen Projekt nicht besser gerecht werden kann. Wenn wir die vorliegende Botschaft mit jener zur NLK vergleichen, so liegen Welten dazwischen. Auch die NLK ist ja ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Kanton. Das Strassenprojekt liegt dem Stadtrat ausgesprochen am Herzen, völlig zu Recht. Und die Dreifachsporthalle? Auch die Kommissionsberichte zu den beiden Geschäften sind nicht zu vergleichen.

Unzureichend sind zum Beispiel der Bedarf und der Nutzen ausgewiesen. In der Botschaft heisst es in einem Sätzchen, „dass ein Bedarf an zusätzlicher Hallenkapazität besteht“. Auch der Kommissionsbericht spricht kurz und bündig von „einem ausgewiesenen Bedarf“. Kein Wort über die Art und Weise dieses Bedarfs.

Wer zu diesem Geschäft die Botschaft der Thurgauer Regierung an den Grossen Rat zur Hand nimmt, erfährt zum Beispiel, dass die Berufsschule Raum für 65 Turnlektionen pro Woche oder 2200 Lektionen pro Schuljahr benötigt. Das entspreche 1,5 Hallen oder Kosten von 4,4 Mio. Franken. Ausdrücklich wird hier auch die hohe Bedeutung der sportlichen Betätigung für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung erwähnt. Angaben dieser Art machen weder der Stadtrat noch die Kommission in ihren Berichten.

„Der Bedarf ist ausgewiesen, ist doch klar“, höre ich einwenden. Wer so pauschal argumentiert, macht es sich zu leicht. Es geht hier immerhin um 4,2 Mio. Franken Steuergelder! Mit einer solchen Argumentation würde jede Dorfschule bei einem Projekt für eine Turnhalle garantiert Schiffbruch erleiden.

Noch unzureichender sind die Angaben zum Parkplatzproblem, ein Problem, das die Stadt zu lösen hat. Die grossrätliche Kommission unter der Leitung von Peter Gubser schreibt dazu nur: „Mit der Lösung des Verkehrsproblems befasst sich die Stadt Arbon.“ Wer eine publikumsintensive Anlage dieser Art plant und keine Lösung der Parkplatzfrage präsentiert, hat die Hausaufgaben nur halbbatzig gemacht. Auf ein entsprechendes Konzept wartet auch der Kanton gespannt. Er braucht ja auch für eine erweiterte Berufsschule, die kommt ja auch, auch zusätzliche Parkplätze. Und der Kanton ist dem Vernehmen nach durchaus bereit, seinen Obolus an diese Kosten zu leisten. Warum sagt der Stadtrat nichts dazu? Wenn ich von der SP jetzt höre, wir brauchen keine neuen Parkplätze, kann man nur sagen, die SP betreibt neben Sozialromantik auch Mobilitätsromantik.

Im Prinzip müsste das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen werden mit dem Auftrag, den Bedarf exakt auszuweisen und ein Parkplatzkonzept vorzulegen, das diesen Namen verdient.

Wir halten das Projekt für sehr bedeutungsvoll für eine Stadt der weiten Horizonte, dazu gehört schliesslich auch der Sport. Wir möchten die Realisierung nicht verzögern. Deshalb wollen wir dem Stadtrat hier und heute die Chance geben, sich speziell zum Parkplatzproblem zu äussern. Kann der Stadtrat garantieren, dass die Parkplatzfrage bis zur Eröffnung der neuen Dreifachsporthalle einwandfrei gelöst ist? Diese Frage möchten wir vor dem Eintreten beantwortet haben. Gerne würden wir aber auch hören, welchen Stellenwert der Stadtrat diesem Projekt überhaupt einräumt.

Stadtrat Reto Stäheli: Mit der Botschaft



„Neue Dreifachsporthalle: Beteiligung an den Baukosten von Fr. 4'400'000.— “ beantragt Ihnen der Stadtrat, dem Beitrag an die Baukosten, sowie den jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten für die neue Dreifachsporthalle, zuzustimmen.

Das Angebot an Turnhallen ist in Arbon beschränkt und vornehmlich auf die Nutzung durch die Schulen ausgerichtet. Eine Sporthalle für den Breitensport fehlt. Zu diesem Schluss kam auch die

Arbeitsgruppe „Gemeindeübergreifendes Sportanlagekonzept“ (GESAK), als sie 2008 das bestehende Angebot analysierte und die verschiedenen Hallen auf ihre Grösse und Zweckmässigkeit überprüfte. Basierend auf diesem Ergebnis arbeitete die Sekundarschulgemeinde Arbon, zusammen mit der Stadt Arbon und dem Kanton Thurgau, (Beteiligung Kanton löst den Hallenengpass des Bildungszentrums Arbon), das Konzept „Neubau Dreifachsporthalle“ aus. Die Stadt Arbon ist primär für die Anliegen der Sportvereine in der Arbeitsgruppe vertreten.

Unter Federführung der Sekundarschulgemeinde Arbon wurde deshalb im Februar 2009 ein Projektwettbewerb für den Bau einer neuen Dreifachsporthalle im Minergie-P-Standard ausgeschrieben. Die Ausschreibung wurde mit den Bedürfnissen und Anliegen der Sportvereine abgeglichen. Dazu zählen:

- Zuschauertribüne
- Aussengarderoben
- Office mit Foyer zum Ausschenken von Getränken bei Anlässen
- Mehrzweckraum / Theorieraum

Vereinsnutzung der Dreifachsporthalle



Die Stadt Arbon wird mit der Sekundarschulgemeinde Arbon in einem separaten Vertrag die Belegungszeiten der nichtschulischen Nutzung der Dreifachsporthalle regeln. Der Anteil der Vereinsnutzung für den Breitensport und für Sportanlässe beträgt rund 50 Prozent. Die restlichen 50 Prozent Belegungszeiten teilen sich das Bildungszentrum Arbon und die Sekundarschule Arbon als Bauherrin und Betreiberin der Dreifachsporthalle.

Kostenanteil:

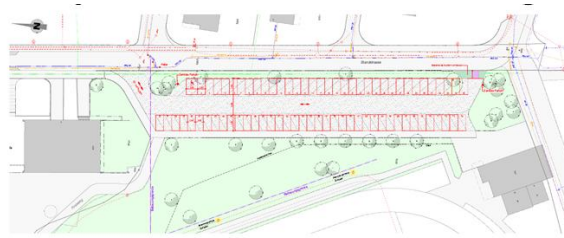
Die Gesamtkosten für den Neubau der Dreifachsporthalle betragen gemäss dem durch das Büro Keiserwerk AG Arbon überarbeiteten Kostenvoranschlag (Stand 1. Juni 2010) 14,5 Mio. Franken. Die Stadt Arbon übernimmt von diesem Gesamtkredit 4,4 Mio. Franken, wovon sie aus dem Sport-Toto-Fonds, beantragt durch die „IG Sport Region Arbon“ (Beitrag Sportvereine) nach Bauabschluss 200'000 Franken an ihre Aufwendungen wieder zurückerhält. Der Baubeitrag der Stadt Arbon ist einmalig und er ist abhängig von der Zustimmung zu den Beiträgen, welche die Sekundarschulgemeinde Arbon und der Kanton Thurgau den Stimmberechtigten am 13. Februar 2011 vorlegen werden.

Betriebs- und Unterhaltskosten:

Nach Ingebrauchnahme der Dreifachsporthalle übernimmt die Stadt Arbon einen jährlichen Beitrag von rund Fr. 110'000.— an die laufenden Betriebs- und Unterhaltskosten für die nichtschulische Nutzung. Dies entspricht circa einem Drittel der jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten. Dieser Anteil steht in Zusammenhang mit der Nutzungsbeteiligung.

Parkraummanagement und Verkehrsberuhigung:

- Phase 1



- Phase 2



Mit dem Bau der Dreifachsporthalle wird zugleich auf dem Parkplatz Standstrasse die Gebührenpflicht eingeführt. Zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs sind verkehrsberuhigende Massnahmen in der Standstrasse vorgesehen. Ein sofortiger Ausbau der Parkplätze ist vorerst noch nicht geplant. Dies unter anderem auch deswegen, weil der Kanton sich noch in der Planung befindet bezüglich Sanierung und Erweiterung des Berufs-Bildungszentrums Arbon (BZA). In wie weit sich der Kanton bei einer Erweiterung des BZA auch am Ausbau des Parkplatzes Standstrasse beteiligen wird, ist Gegenstand von laufenden Gesprächen und gleichzeitig wichtig für das weitere Vorgehen. Bis diese Fragen nicht umfassend geklärt sind und das Projekt der „Sanierung und Erweiterung des BZA“ voraussichtlich im Herbst 2011 vorliegt, sieht der Stadtrat von einem voreiligen Ausbau der Parkflächen ab. Das Parkplatzkonzept und die damit verbundenen Kosten sind kein Bestandteil des Stadt-Beitrages an die Dreifachsporthalle. Im Investitionsvoranschlag 2011 der Stadt Arbon hat der Stadtrat den Betrag für die Phase 1 eingestellt.

Empfehlung:



Das Angebot an Sporthallen in Arbon ist ungenügend. Insbesondere der Breitensport verfügt über keine geeignete Halle zum Trainieren respektive zum Ausrichten von Sportanlässen. Der Standort zwischen dem Bildungszentrum und der bestehenden Aussenanlage ist gut gewählt und unterstützt so die gemeinschaftliche Nutzung der Infrastrukturen (Aussenanlage/Halle). Bei der Ausarbeitung des Projektes wurden sowohl die Anliegen der Sportvereine wie auch jene der Schulen und des Bildungszentrums aufgenommen und in das Projekt eingearbeitet.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates und der Kommission „Annahme der Vorlage“ zu folgen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Das Eintreten, nehme ich jetzt an, auf Grund der Intervention

der SVP, ist nicht ganz unbestritten. Wir werden darüber abstimmen.

://: Das Eintreten zum Geschäft Neue Dreifachsporthalle wird grossmehrheitlich angenommen

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zur Detailberatung. Ich übergebe nochmals dem Kommissionspräsidenten Fabio Telatin.

Fabio Telatin, Kommissionspräsident: Ich möchte am Anfang der materiellen Beratung zuerst meinen Dank aussprechen, allen die in der Kommission mitgearbeitet und die Kommission mit weiteren Abklärungen und Informationen unterstützt haben.

Wie ich bereits anfangs erwähnt habe, gehe ich davon aus, dass alle die Botschaft und den Kommissionsbericht studiert haben, somit werde ich mich kurz fassen.

Aus dem Kommissionsbericht resultieren folgende Überlegungen:

- Die Stadt beteiligt sich mit 4.2 Mio. Franken und den Fr. 200'000.— der IG- Sport beziehungsweise des Sporttoto-Fonds, total 4,4 Mio. Franken. Der Betrag gilt als einmaliger Anteil an den durch ein Kostendach nach oben fixierten Baukosten. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten, die 1. Rate November 2011 und die 2. Rate voraussichtlich im Sommer 2012.
- Die Vereinsnutzung wird mit 50% ausgewiesen, die Kostenbeteiligung der Stadt Arbon jedoch nur pauschal 33.33%.
- Die Sporthalle wird nach Minergie-P-Standart gebaut und mit erneuerbarer Energie beheizt.
- Bei der Dreifachsporthalle handelt es sich um einen reinen Zweckbau, so dass ein optimaler Sportbetrieb in drei Hallen und in den Aussenanlagen gewährleistet ist. Bei der Materialwahl wird auf Dauerhaftigkeit und einfachen Unterhalt Wert gelegt.
- Die Unterhaltskosten und Betriebskosten sind deshalb gering und belaufen sich schätzungsweise auf den jährlich wiederkehrenden Betrag von Fr. 110'000.— für die Stadt Arbon, 1/3 des Gesamtbetrages und beinhalten, wie zum Beispiel Hauswartdienste, Kosten für Wasser Strom und Heizung etc.. Die Restkosten, 2/3 des Betrages, werden durch die SSG und den Kanton bezahlt.

Schlussgedanken :

- Zeitgemässe Sportanlage sind ein Standortfaktor
- Aktive und motivierte Sportvereine leisten wertvolle, günstige Jugendarbeit
- Sportveranstaltungen bereichern das gesellschaftliche Leben in Arbon
- Sportveranstaltungen bringen Gäste nach Arbon
- Erfolgreiche Sportvereine strahlen nach aussen, sind positive Imageträger

Die vorberatende Kommission beschliesst einstimmig, aufgrund vorangegangener Fakten und Erwägungen, die an zwei Sitzungen sorgfältig und eingehend überprüft wurden, dem Parlament die Annahme der Botschaft des Stadtrates:

1. Zum Projektkredit Neue Dreifachsporthalle: Beteiligung an den Baukosten (Stadt Arbon Fr. 4'200'000.— und IG-Sport Fr. 200'000.—).
2. Die Annahme der jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten für die neue Dreifachsporthalle von 33.33% (Ca. Fr. 110'000.—).

Andreas Näf, FDP/DKL: Das vorliegende Projekt der Neuen Dreifachsporthalle deckt nicht nur die Bedürfnisse der Schulen ab, sondern auch diejenigen der Vereine und des Wettkampfsports. Mit der Zuschauergalerie, der ausziehbaren Tribüne, dem Eingangsfoyer, dem Office usw. kann ein zeitgemässer Hallensport betrieben werden.

Im Nutzungsvertrag zwischen der Sekundarschulgemeinde und der Stadt ist festgehalten, dass die Sporthalle zu rund 50% durch die Vereine belegt werden kann, denn die Sporthalle steht den Vereinen ausserhalb der üblichen Schulstunden vollumfänglich zur Verfügung. An die Erstellungskosten bezahlt die Stadt mit den 4,4 Mio. Franken knapp einen Drittel, an die Betriebs- und Unterhaltskosten ebenfalls einen Drittel.

Als Vertreterin der Vereine hat die Stadt mit der Sekundarschulgemeinde Arbon einen guten Handel abschliessen können!

Die Hausaufgabe der Parkplatzsituation muss die Stadt jedoch noch fertig lösen. Für den normalen Schul- und Trainingsbetrieb müssen genügend Parkplätze vor Ort zur Verfügung stehen. Dagegen müssten für Veranstaltungen und Wochenendanlässe mit grossem Verkehrsaufkommen nicht zwingend alle Parkplätze vor Ort angeboten werden können. Entscheidend ist, dass dem Stimmbürger eine, nur eine gesamtheitliche Lösung präsentiert werden kann. Die FDP/DKL Fraktion unterstützt auch die Idee einer Parkplatzbewirtschaftung.

Das sogenannte „Parkplatzproblem“ darf aber auch nicht über den Turnhallenengpass gesetzt werden und so die Annahme des Projektkredites gefährden.

Unterstützen wir nachhaltig die Sportvereine mit ihrer wertvollen Jugendarbeit und stimmen wir also zum Projekt der Neuen Dreifachsporthalle Ja, und zwar sportlich, das heisst zum Anwärmen heute zum 1. Mal, und zur Nachhaltigkeit wie im Sport, denn einmal ist keinmal, am 13. Februar 2011 drei weitere Male: 1 Mal für die Stadt, 1 Mal für die SSG und 1 Mal für den Kanton.

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP Fraktion steht voll hinter der Dreifachsporthalle, aber sie kann nicht verstehen, dass der Stadtrat dieses wesentliche Problem der Parkplatzfrage nicht aktiv vorangeht. Wenn wir den Bericht der Kommission lesen, stellen wir fest, dass rund 60 zusätzliche Parkplätze benötigt werden. Variante 2 sieht 121 Parkplätze vor gegenüber 60 heute. Daher wiederhole ich unsere Frage: Ist der Stadtrat bereit zusammen mit dem Kanton alles zu unternehmen, dass zu dem Zeitpunkt wo die Halle steht, auch das Parkplatzproblem befriedigend gelöst ist?

Kaspar Hug, CVP/EVP: Wenn man mit dem Auto nach Arbon kommt, kann man den allen bekannten Slogan an der Infotafel lesen: „Arbon die Stadt der weiten Horizonte“

Das sagt einiges aus. Eine Stadt im Aufbruch, eine Stadt auf dem Weg nach vorn. Eine Stadt, die sich traut ihre eigene Zukunft aktiv anzugehen und vor allem aktiv mit zu gestalten.

Zu einer solchen Stadt gehören fast zwangsläufig einige grosse Projekte. Wir stehen kurz vor dem Start, davon sind wir überzeugt, einer neuen Epoche mit der Realisierung der NLK. Wir sanieren unsere Schule. Wir investieren in gute und schöne Freizeitanlagen. Im kulturellen Bereich ist einiges ins Rollen geraten und wird viel unternommen. Und im Sport?

Ist Sport nicht auch ein Teil der Kultur? Kann Sport nicht auch als Werbeträger gesehen werden? Wird Sport nicht auch zum Imageträger für eine Stadt, eine Region?

Dies alles ist mit Ja zu beantworten. Aber wenn wir Sport wollen, müssen wir auch die notwendige Infrastruktur bereitstellen. Die Stadt Arbon muss einen Kostenanteil, der eine sinnvolle und für uns absolut zwingend gute Vereinsnutzung der Dreifachsporthalle garantiert, übernehmen. Alles andere wäre ein grosser Fehler. Schon bei der Sporthalle Stacherholz und hier beim Seeparksaal hat man diese Chance verpasst. Man darf einen Fehler machen aber nie denselben. Ohne die Beteiligung der Stadt an den Kosten für die Dreifachsporthalle würden wir sogar dreimal den gleichen Fehler machen. Dies darf nicht passieren!

Die CVP/EVP Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass wir als politisch Mitverantwortliche in der Stadt der weiten Horizonte nicht dreimal den gleichen Fehler machen wollen.

Sir stehen klar und eindeutig hinter dieses Projekt und somit hinter der Beteiligung der Stadt an die Baukosten und bitten sie alle, in diesem Sinne dem einmaligen Beitrag von Fr. 4'400'000.— zu Lasten des Investitionskontos und den jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten überzeugt zuzustimmen.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich würde gerne Antwort geben bezüglich des Parkplatzes. Wir sind zurzeit mit dem Kanton in der Diskussion, bezüglich Perimeter, denn der Kanton ist noch nicht ganz einig, wie gross und in welchem Mass der Ausbau, die Erweiterung und Sanierung der Berufsschule stattfinden wird. Wenn wir diesen Perimeter festgelegt haben, mit dem Kanton zusammen, wird er einen Wettbewerb ausschreiben. Wenn der Wettbewerb, wie ich eingangs erwähnt habe, im Herbst 2011, abgeschlossen ist, wissen wir, wie die Gebäude auf diesem Areal der jetzigen Berufsschule stehen werden. Wenn das vorliegt, können wir die Detailplanung angehen mit den zusätzlichen Parkplätzen. Wir sind so mit dem Kanton verblieben, dass wir zuerst den Kanton den Projektwettbewerb machen lassen und wenn der Projektwettbewerb vorliegt, können wir in die nächste Planungsphase gehen.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Ich habe eine Frage, die mir wohl der Stadtrat beantworten kann.

Ich finde unter Finanzielles eine Auflistung der Investitionskosten. Bezüglich der zu erwartenden Betriebs- und Unterhaltskosten ist mir nicht klar, wie die geschätzten Kosten berechnet worden sind. Für mich wäre es sowieso selbstverständlich, dass bei einem Projekt in dieser Höhe, mit diesen Kosten, die zu erwartenden Ein- und Ausgaben detailliert aufgelistet und berechnet werden und diese in der stadträtlichen Botschaft aufgeführt sind. Diesbezüglich gehe ich wohl mit Andrea Vonlanthen einig und werde mir auch nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass ich Zahlenromantik betreibe.

1. Gemäss Botschaft des Stadtrates werden die laufenden Kosten auf Fr. 330'000.— geschätzt. Wie wurde diese Schätzung vorgenommen? Gibt es Zahlen zu den Einnahmen, bzw. Ausgaben? oder wirtschaftlich gesprochen gibt es einen Businessplan?
2. Wie genau ist diese Schätzung? Die Stadt verpflichtet sich ja einen Drittel dieser Kosten zu tragen und über diesen Drittel müssen wir ja am Schluss auch abstimmen.
3. In der Botschaft des Stadtrates steht auf Seite 3. Die Stadt Arbon muss keinen Anteil an Abschreibungen und Zinslasten tragen. Heisst das wirklich, dass wir unsere Investitionen nicht abschreiben müssen? Oder gibt es trotzdem Abschreibungen und Kapitalzinsen und wenn ja, mit welchem Umfang belasten sie die Rechnung der Stadt jährlich.

Ich denke, mit diesen Zahlen, wenn sie auf dem Tisch liegen, kann auch gut und positiv kommuniziert werden, dass die Stadt Arbon sich mit beträchtlichen Mitteln für die Sport- und Vereinsförderung und damit auch für die Jugendarbeit der Vereine einsetzt.

Stadtrat Reto Stäheli: Der jährliche Unterhaltsbeitrag von insgesamt Fr. 330'000.— ist an den heutigen Hallen hochgerechnet. Wir sind in der Planungskommission so verblieben, das ist das geplante Maximum, unser Ziel wird sein, dass wir tiefer kommen. Darum sind wir auch mit diesen Fr. 110'000.— in der Botschaft, weil ja die Stadt bis Fr. 100'000.— selber jährlich wiederkehrende Kosten beschliessen kann. Nun haben wir über die Fr. 100'000.— geplant, damit wir auf der richtigen Seite sind. Beinhaltet ist der Baurechtszins, den wir der Bürgergemeinde abgelten müssen. Wir haben keine Abschreibungen auf diesem Unterhaltsteil sondern wir leisten einen einmaligen Baubeitrag von den 4,4 Mio. Franken, der bei uns in der Rechnung als Amortisationsanteil drin ist, bei den Abschreibungen der laufenden Rechnung bei uns. Er ist bereits budgetiert in der laufenden und zukünftigen Rechnung.

Die Abschreibungen sind bei 8% Fr. 330'000.—.

Konrad Brühwiler, SVP: In der Botschaft spricht der Stadtrat unter dem Stichwort: Finanzierung von 4,4 Mio. Franken als ein Kostendach nach oben fixierter Baukostenbetrag. Wir erinnern uns beim vorangegangenen Geschäft beantragte der Stadtrat für die Ersatzanschaffung einer neuen Autodrehleiter für die Feuerwehr einen Netto Objektkredit. Die Gebäudeversicherung des Kantons hat ja das Subventionsgesuch für die Stadt Arbon, die andere Hälfte der Stadt Arbon, für gutgeheissen. Folglich können wir den Nettoantrag nachvollziehen. In der Botschaft zur neuen Dreifachsporthalle lautet der Antrag den Baubeitrag in der Höhe von 4,4 Mio. Franken zuzustimmen. Dies im Wissen, dass ein Baubeitrag aus dem Sporttotofond zuhanden der IG-Sport in der Höhe von Fr. 200'000.— bewilligt ist und der Stadt zufließen wird. Für uns von der SVP Fraktion beläuft sich damit der einmalige und maximale Baubeitrag der Stadt Arbon an den Erstellungskosten höchstens mit 4,2 Mio. Franken. Im Namen der SVP stellte ich den Antrag wie folgt abzuändern:

Der Stadtrat beantragt ihnen dem einmaligen Baubeitrag für die Neue Dreifachsporthalle von netto 4,2 Mio. Franken zuzustimmen. Ebenso müsste bei Annahme unseres Antrages, Antrag zwei des Stadtrates angepasst werden.

Stadtammann Martin Klöti: Sie erinnern sich, sie haben hier in diesem Saal für den Hafen einen Kredit von 6,7 Mio. Franken genehmigt. Netto wäre das null gewesen. Hätten Sie doch bitte damals gefordert, wir sollten 0 Franken auf den Stimmzettel schreiben. So geht es nicht. Wir haben dort gezeigt, dass durch langjährige Mietverträge, Erträge generiert werden. Wir haben auch bewiesen, dass wir es erreicht haben.

Dieser Beitrag von Sporttoto ist vertraglich in diesem Bruttobeitrag einbezogen. Deswegen kommen wir mit diesem ganz klar ausgemachten Teil, Drittel 4,4 Mio. Franken. Es ist ein Glück, dass die IG-Sport, als Verein durch den Sporttoto-Fond unterstützt wird. Wir haben Bruttobeiträge zu genehmigen und sind froh, dass wir einen Betrag von Sporttoto später abziehen können davon, sonst hätten wir die Hafenvorlage mit 0 Franken beantragen müssen. Das haben wir nicht gemacht und könnten auch nicht mehr darauf zurückkommen, das ist leider nicht mehr möglich.

Konrad Brühwiler, SVP: Die Plausibilität des Stadtammanns ist so klar, dass ich den Antrag zurückziehe.

Elisabeth Tobler, SVP: Meiner Meinung nach, müsste es heissen 4,2 Mio. Franken weil die Stadt von der IG-Sport, die sich sehr um diese Sporttoto-Gelder bemüht hat, die Fr. 200'000.— via Vereinbarung erhält. Es ist also klar, dass der Stimmbürger nicht die 4,4 Mio. Franken abstimmen und bewilligen muss, sondern die 4,2 Mio. Franken, sonst hat der Stadtrat ja Fr. 200'000.— zuviel.

Stadtammann Martin Klöti: Es ist ein wenig wie beim Samstagsjass, ich komme mit dem nächsten Trumpf. Was haben wir denn beim Kappeli für einen Kredit auf den Stimmzettel geschrieben? Den mit dem Beitrag der Stiftungen, die uns zugesagt haben, dass sie einen Beitrag zahlen werden und des Kantons und des Bundes, der an die denkmalpflegerischen Massnahmen beitragen wird, oder ohne? Mit, ich darf sie doch bitten, einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass wir aus formellen Gründen den Bruttobetrag beantragen und sind wir doch einfach beruhigt, dass wir diese Fr. 200'000.— an dieses Projekt bezahlt bekommen werden. Beim Kappeli genau so, es sind nicht die 3,1 Mio. Franken die wir letztlich zahlen, es sind vielleicht etwa 2,4 Mio. Franken.

Rita Anderes, CVP/EVP: Vieles ist schon gesagt worden, da möchte ich mich nicht wiederholen. Das Parkplatzproblem muss von der Stadt gelöst werden. Der Vorstand der IG Sport hat schon im Juni 2007 in einem Brief auf die prekäre Parkplatzsituation in der Stacherholzhalle hingewiesen und eine Änderung gefordert, bis jetzt ohne Erfolg. Darum erwarten wir mit der Umsetzung der neuen Sporthalle eine konkrete, verbesserte Lösung.

Seit meiner Jugend bin ich eng mit dem Sport verbunden, Jugendriege, Leichtathletik, Korbball. Später selber als Leiterin im MUKI, im Kinderturnen, dann bis heute aktiv im Volleyball als Leiterin und immer noch begeisterte Spielerin. Die vielen Stunden, die ich in verschiedenen Hallen und Anlagen verbracht habe, sind bis heute für mich unvergesslich.

Unvergesslich deshalb, weil ich die Begeisterung der Kinder aber auch der Erwachsenen im Sport über die vielen Jahre hinweg erleben durfte. Teamgeist, Herausforderung, Ehrgeiz aber vor allem Freude an der Bewegung stehen im Vordergrund!

Wer von ihnen hat schon über viele Jahre hinweg eine Jugendgruppe trainiert, begleitet und motiviert? Das ist eine Aufgabe, die zum Glück immer noch Personen übernehmen, die mit Freude den Jugendlichen eine aktive und tolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen. Der soziale Aspekt gerade in den Jugendgruppen, ist nicht zu unterschätzen. Auch ausländische Jugendliche werden bestens integriert, das ist tolle Jugendarbeit, die für unsere Gesellschaft, für uns alle wichtig ist.

Circa 850 Arboner Jugendliche trainieren jede Woche mindestens ein Mal in einem Arboner Verein! Die Jugend bewegt sich.

Als Mitglied der IG Sport und der Interessengruppe pro Sporthalle Arbon setze ich mich für die neue Sporthalle ein. Diese neue Halle ist eine notwendige Ergänzung zum bestehenden Turnraum. Sie ermöglicht Vereinen grössere Sportanlässe durchzuführen, die für Arbon und unsere Region nicht unbedeutet sind. Regionale Jugendmeisterschaften in vielen Bereichen waren bis jetzt wegen der Hallenengpässe und der mangelnden Einrichtung kaum oder nur mit sehr viel Aufwand möglich.

Wer am Aktionstag am 26. September in der Sporthalle war, konnte viele verschiedene Vereine bei ihren Aktivitäten im Jugendbereich beobachten. Gerade die Geräteriege, die so toll geführt wird, könnte endlich einen Anlass organisieren, der die Zuschauer begeistern wird. Dazu brauchen sie aber eine zeitgemässe Einrichtung.

Die Konstellation, dass die Sekundarschule die Bauherrin ist und sich der Kanton mit einem Drittel ebenfalls an der Halle beteiligt, ist eine Chance, die wir nutzen müssen.

Die vier Aussengarderoben, das Office mit Foyer, die Tribüne und der Mehrzweckraum mit Theorieraum, das ist der Bereich, den die Stadt abzudecken hat. Dieses Geld, da bin ich mir sicher, ist gut investiert. Diese Infrastruktur ist die Voraussetzung für gelungene Anlässe.

Zum Beispiel der Mehrzweckraum und der Theorieraum ist nötig, damit vereinsinterne Ausbildungen gemacht werden können. Das ist zum Teil Bedingung der Sportverbände, da auch die Trainerausbildung immer mehr Bedeutung bekommt. Ohne ausgebildete Trainer keine Jugendgruppen mehr und kein J+S Geld, das wissen viele nicht!

Ein Office mit Foyer ist für eine zeitgemässe Sporthalle nicht wegzudenken. Bei Anlässen muss nicht mehr alles mit grossem Aufwand angeschleppt und nachher wieder abtransportiert werden. Für die Veranstalter eine grosse Erleichterung.

Die vier Aussengarderoben sind dringend nötig, denn schon unter der Woche sind die bestehenden vier Garderoben in der Sporthalle voll belegt. 23 Mannschaften des FC Arbon 05, dabei sehr viele Jugendmannschaften, brauchen die Garderoben fürs Training. Meist sind diese vollgestopft, zum Teil kann in die Turnhallengarderobe ausgewichen werden, aber das reicht nirgends hin, sie haben mittlerweile auch Frauen. Die Sportlerinnen und Sportler stopfen manchmal ihre Kleider in die Taschen, die sie dann irgendwo deponieren. Meine Damen und Herren, das sind Zustände, die mit den neuen Aussengarderoben stark verbessert werden können.

Schon vor vielen Jahren wurde eine Erweiterung diskutiert, aber leider bis heute nur immer diskutiert. Dies könnte sich endlich ändern.

Die Jugend – unsere Zukunft! Ein Slogan, der mit vielem in Verbindung gebracht wird. Reden wir aber nicht nur davon, setzen wir ein Zeichen! Aktive und motivierte Sportvereine leisten wertvolle Jugendarbeit. Attraktive Sportveranstaltungen beleben und bereichern unsere Stadt.

Als Stadt der weiten Horizonte steht Arbon hinter ihren Sportvereinen! Das wünsche ich mir! Diese verdienen eine zeitgemässe Infrastruktur, unsere Schule braucht genügend Turnhallen für den Sportunterricht. Die florierende Berufsschule zählt auf ausreichenden Sportraum.

Sagen wir Ja für den Sport, Ja für die Jugend, Ja für uns alle in Arbon und der ganzen Region!

Ich bitte euch um die Unterstützung dieses Projektes, besten Dank

Roland Schöni, SVP: Was wir hier sehen, ist ein gutes Projekt. Der Bedarf ist ausgewiesen und ich würde eigentlich mit Freude zustimmen, kann es aber nicht. Im Stacherholz haben wir in naher Zukunft die ganze Stacherholzsportanlage mit den Schulen. Dann haben wir die Berufsschule, welche noch ausgebaut wird, in welchem Masse ist mir noch nicht bekannt, dann kommt die Dreifachsporthalle und wie, meine Damen und Herren, wo sollen diese Leute überall parkieren, bzw. wie kommen sie zu den Sportanlagen? Ich muss wieder auf das Parkplatzproblem zukommen. Man spricht ja von ca. 600 Zuschauerplätzen, oder wenn es auch nur 400 Plätze sind. Man stelle sich einmal vor, wer die beengten Verhältnisse dort sieht, wie soll man da diese Sportanlässe durchführen?

Darum fehlt mir von der Stadt eine verbindliche Zusage, wie sie das Parkplatzproblem löst. Das heisst, ich will hier und heute hören, ob die Stadt die volle Verantwortung für diese Parkplätze übernimmt und, dass Phase II auch gebaut wird. Es ist mir einfach alles zu schwammig und nicht greifbar. Zudem finde ich es betrüblich, dass wenn die Stadt ein Projekt macht, wie die Neue Linienführung Kantonsstrasse, ein super Projekt, mit all seinen Ausführungen, und wenn es um nicht städtische Projekte geht, dann scheint mir, ist das Engagement nicht gerade sehr stark.

Darum, ist der Stadtrat bereit, Phase II zu bauen, also genügend Parkplätze zur Verfügung zu stellen, auch bei Grossandrang? Sonst besteht die Gefahr, dass es bei einer Abstimmung zu einem Nein kommt und nur, weil es sich um dieses Thema dreht. Das sollte aber nicht sein. Es sollt nicht sein, dass das ganze Projekt an diesen Parkplätzen aufhängen muss, aber es könnte passieren.

Alexandra Keel, CVP/EVP: Ich möchte etwas zu Andrea Vonlanthens Eintreten sagen. Der Bedarf wirkt sich so aus, dass viele Primarschulklassen wegen Platzmangel (durch Hallenbelegung der Berufsschule und auch der SSA) jede 2. Turnstunde im Freien abhalten müssen oder die Halbklassenstunden nicht mehr durchführen können. Nichts gegen Turnen im Freien. Ich geniesse diese Stunden mit meiner Klasse oder den J+S Kids, doch sind die Möglichkeiten in der Halle (vor allem in den kälteren und dunkleren Jahreszeiten, dank Geräten, Rasen-Betreten-Verbot, Wärme,...) sicherer.

Wie möchten sie einem kleinen Kind, dass sie mit grossen Augen ansieht erklären, dass es leider nicht regelmässig in der Halle turnen kann, weil die neue Halle nicht gebaut wurde, da zu wenige Parkplätze vorgesehen waren.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich gehe ein Risiko ein. Ich widerspreche nicht nur unserem Stadtmann, sondern auch meinem Kollegen Konrad Brühwiler, also gleich zwei Sportsfreunden. Aber der Eine hat vorhin eine kleine Schwäche gezeigt und ich glaube, die muss ich korrigieren. Wenn der Stadtmann sagt, beim Hafen hätte man auch auf Vorschuss zugestimmt, ist das schon ein bisschen eine andere Sache, Herr Stadtmann.

Der Kredit für den Hafen wurde gesprochen, ohne dass wir klare Zusagen von allfälligen Nutzern hatten. Das war völlig unklar, ob wir die 6 Mio. Franken auch wirklich erreichen würden. Diese Fr. 200'000.— für die IG-Sport, die sind zugesagt, die bekommen wir effektiv. Wenn wir jetzt 4,4 Mio. Franken beschliessen, laufen wir Gefahr, dass es am Schluss 4,6 Mio. Franken werden. Die Stadt hat das Recht 4,4 Mio. Franken auszugeben und dazu kommen Fr. 200'000.— für die IG-Sport. Ich habe mit dem Präsidenten der IG-Sport gesprochen und er sagte, es sei ganz klar, hier müsste ein Nettokredit von 4,2 Mio. Franken gesprochen werden. Ich bitte sie daher, dem Steuerzahler keinen Sand in die Augen zu streuen und nur das zu verlange, war er wirklich bezahlen muss.

Max Gimmel, FDP/DKL: Ich bin eigentlich froh um das Votum von Rita Anderes, die einmal das

Ganze aus sportlicher Sicht beleuchtet hat, denn man bekommt heute Abend den Eindruck, dass wir hier lieber parkieren als Sport treiben.

Ich mache effektiv der SVP den Vorwurf, dass sie das Paket, das hier vorgelegt wird, torpediert. Wir haben ganz klar vom Stadtrat gehört, solange der Kanton das BZA noch nicht erweitert hat, keine Parkplatzlösung anbietet. Wie soll denn auf diesem Grund etwas gemacht werden, wenn man das so nicht planen kann, ohne dass man Geld ausgibt, das nachher irgendwie wieder rückgebaut werden muss, weil der Parkplatz am falschen Ort ist. Ich möchte doch bitten, die SVP zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stadt etwas tut dagegen, dass sie heute keine Verbindlichkeit abgeben kann. Wegen der Parkplätze auf alle Fälle aber, darf das Projekt nicht gefährdet werden, sonst müsste man das der SVP anlasten.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich staune jetzt, wie das ganze riesige Projekt an den Parkplätzen aufgehängt werden soll. Ich staune wie einseitig und wenig kreativ dieses Problem angegangen wird. Wie lösen das denn andere Städte, mit 600 Parkplätzen etwa, welche nur bei Grossanlässen, wenige Male im Jahr gebraucht werden, mit riesigen Flächen, die zugeteert werden und dann sehr oft einfach leer stehen? Nein, wir haben doch in Arbon genügend Parkplätze, besonders am Abend und am Wochenende. Die sind zum Beispiel beim Jumbo, beim Strandbad und es gibt noch viel mehr. Ich weiss, sie sind am falschen Platz, ganz klar. Aber noch einmal, wie lösen das andere Städte, ja ganz einfach: Stichwort Shuttlebus, ist doch was ganz Einfaches. Ich denke der Stadtrat hat sich da schon Gedanken gemacht, nimmt dieses Stichwort mit. Man kann sogar Bedingungen stellen von der Stadt her, wenn man Anlässe bewilligt, kann man als Bedingung stellen, es müssen Shuttlebusse eingeführt werden, so einfach ist das.

Elisabeth Tobler, SVP: Die SVP möchte nicht, wie Max Gimmel das postuliert, die Halle ablehnen lassen. Uns ist aber sehr wichtig, zuhänden der Stimmbürger vom Stadtrat eine verbindliche Zusage zu erhalten, dass er die Parkplätze wirklich bauen wird. Wir befürchten, dass hier das Projekt angenommen wird und dass es draussen an der Volksabstimmung nicht angenommen wird, weil der Bürger keine Ahnung hat, wie das mit den Parkplätzen sein wird. Es liegt uns eine Vorstudie, ein Vorprojekt vor, Variante 1 mit 74 Parkplätzen und die Variante 2 mit etwa 122 Parkplätzen. Wir haben ebenfalls vernommen, dass vom Kanton her eine Kostenbeteiligung an den Parkplätzen diskutiert wird und ich denke zuhänden der Bevölkerung, wäre es sicher angepasst, wenn Reto Stäheli uns mindestens irgendwo etwas Verbindliches sagen könnte. Wir Parlamentarier, sind überzeugt, dass wir die Halle brauchen. Ob aber die Stimmbürger das dann auch sehen, wenn sie in der Nähe wohnen und Autos in den Quartieren herumfahren und Parkplätze suchen, das sehe ich ganz anders. Deshalb wäre es sicher wünschenswert vom Stadtrat zu hören, dass er hier eine genügende Anzahl Parkplätze bis zur Fertigstellung der Halle anbieten könnte, allenfalls mit Kantonsbeteiligung bei den Finanzen.

Werner Keller, FDP/DKL: Auch ich bin überzeugt von dieser für Arbon lang ersehnten Sporthalle. Wir sprechen und träumen seit Jahren von einer Halle mit einer Tribüne wo die Zuschauer übersichtlich und sicher die Wettkämpfe verfolgen können.

Aber nun bitte meine Kolleginnen und Kollegen, machen wir doch bitte nicht aus einer überzeugenden Hallenlösung ein Parkplatzproblem. Suchen wir nicht wieder ein Haar in der Suppe und bringen eine Abstimmungsbotschaft die gut auf Kurs ist in Gefahr! Es muss uns bewusst werden, dass wir im Februar an der Urne drei Ja brauchen für die Umsetzung, nämlich Stadt Arbon, Sekundarschule Arbon und vom Kanton TG. Wir müssen möglichst geschlossen hinter diesem Projekt stehen, sonst riskieren wir einen Denkmittel der Thurgauer Bürgerinnen und Bürger und das wollen und suchen wir nun wirklich nicht!

Wir müssen kein Parkplatzangebot anbieten für Spitzenbedürfnisse, sondern für den täglichen Bedarf! Aus meiner Sicht gibt es verschiedene Lösungsansätze:

- Bessere Nutzung der bestehenden Parkflächen, wie angetönt von Reto Stäheli.
- Leider werden die Parkplätze bei der Sporthalle und beim Berufsschulhaus von Bewohnern der Quartiere belegt, hier muss eine Lösung gesucht werden.
- Bei Grossanlässen kann die bewährte Verkehrsabteilung der Feuerwehr eingesetzt werden.

- In Arbon stehen genügend Firmenparkplätze zur Verfügung, ab diesen Parkmöglichkeiten kann der Transport mit einem Shuttle gelöst werden.
- Zum Schluss noch die kostengünstigste Lösung, die eigentlich allen bekannt ist, die wenigstens Arbonerinnen und Arboner müssen zwingend mit dem Auto zur Sporthalle fahren!

Nochmals, machen wir aus dem überzeugenden Hallenprojekt kein Parkplatzproblem! Ich werde heute dem Projekt zustimmen und im Februar kann ich gleich 3 x Ja sagen, nämlich 1 x mit dem kantonalen Stimmzettel, 1 x mit dem Stimmzettel der Stadt Arbon und 1 x mit dem Stimmzettel der Sekundarschule Arbon.

Margrit Bollhalder Schedler: Die SVP torpediert keinesfalls diese Dreifachsporthalle und ich verwahre mich gegen die Unterstellung von Max Gimmel in dieser Sache. Alles was die SVP wissen möchte ist ja, ob der Stadtrat bereit ist, mit dem Kanton so zu verhandeln, dass die Variante 2 realisiert werden kann. Ein solch grosses Projekt kann doch nicht isoliert von der Verkehrspolitik betrachtet und realisiert werden. Es muss doch jedem einleuchten, was für ein Chaos entsteht, wenn nicht genügend Parkplätze bereitstehen. Wir alle wissen, dass bereits Lehrlinge mit dem Auto in die Berufsschule kommen und die wenigsten die eine Sportveranstaltung besuchen gehen zu Fuss oder mit dem Fahrrad. Ich frage daher direkt den zuständigen Stadtrat Reto Stäheli: Sind sie bereit die Verhandlungen mit dem Kanton dahingehend zu führen, dass wir mit einer Realisierung der Parkplätze, wie sie Variante 2 aufzeigt, rechnen können?

Stadtrat Reto Stäheli: Wie ich im Eingangsvotum gesagt habe, sind wir jetzt mitten in der Diskussion mit dem Kanton und wir zielen auf diese Richtung ab und wir können heute noch nicht anhand von Perimeter festlegen, wo wir das Ganze erweitern und wie wir es bauen wollen. Auch eine Kostenbeteiligung ist zurzeit in Diskussion, seitens des Kantons. Man muss wissen, als die Berufsschule gebaut wurde, wurde keine Parkplatzerweiterung gemacht. Man hat dort auch gesagt, die Parkplätze reichen. Der Kanton hat bis heute noch keinen Franken investiert in die Parkierung ums Berufsschulzentrum. Ich bin persönlich dabei in diesen Diskussionen und wir sind zuversichtlich, dass wir mit dem Kanton eine sehr gute Lösung finden werden.

Stadtammann Martin Klöti: Ich bin schon ein bisschen traurig, dass sie Reto Stäheli nicht richtig zugehört haben am Anfang. Ich habe in der letzten halben Stunde nicht unter geistiger Abwesenheit gelitten. Ich habe verstanden, dass er gesagt hat, wie der Weg läuft. Dass wir zuerst wirtschaften, dass wir mit einem Verkehrsregime genau das verhindern wollen, dass im Quartier nicht gesucht wird, und dass dort parkiert wird von Leuten, die dort hingehören. Alles andere hat er schon gesagt und hat es zwei Mal gesagt. Auch ich habe eine persönliche Information vom Regierungsrat, von Jakob Stark, dass sich der Kanton beteiligen wird. Er wird sich beteiligen und hat es gesagt und nun bin ich gespannt, wer alles ja sagt und wer nein.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir kommen zum Schluss der materiellen Beratung, sind noch Rückkommensanträge? Wir kommen zur Beschlussfassung, zum Antrag 1.

Antrag 1: Der Stadtrat beantragt ihnen, dem einmaligen Baubetrag für die neue Dreifachsporthalle von Fr. 4'400'000.— zuzustimmen. Die Summe von Fr. 4'400'000.— geht zulasten des Investitionskontos Nr. 134201.562. Die Auszahlung der Summe fällt anteilig im Sommer 2011/2012 an.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bitte sie den Alternativantrag nicht zu vergessen, die 4,2 Mio. Franken, die müssen einander gegenübergestellt werden.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dieser Antrag hat Konrad Brühwiler wieder zurückgezogen, er wurde nicht neu gestellt.

Andrea Vonlanthen, SVP: Elisabeth Tobler und ich haben ihn erneuert.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich habe keinen neuen schriftlichen Antrag.

://: Der Antrag gemäss Botschaft des Stadtrates vom 12. Juli 2010 wird mit 29 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Antrag 2: Der Stadtrat beantragt ihnen, den jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten für die neue Dreifachsporthalle von 33,33% (ca. Fr. 110'000.—) zuzustimmen.

://: Der Antrag gemäss Botschaft des Stadtrates vom 12. Juli 2010 wird mit 28 Ja zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung genehmigt.

Gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss obligatorisch einer Volksabstimmung und sie haben es bereits gehört, sie findet am 13. Februar 2011 gemeinsam mit Stadt, SSG und Kanton statt.

Abschliessend möchte ich mich im Namen der Parlamentsmitglieder bei den Mitgliedern der vorberatenden Kommission und dessen Präsidenten Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften für die geleistete Arbeit bedanken.

5. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Wahlbüros für die Amtszeit 2007/2011

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir haben den Rücktritt eines Mitgliedes des Wahlbüros erhalten. Es ist dies: Petra Friedrich, SP und Gewerkschaften.

Die SP und Gewerkschaften schlägt Sadiki Islam, geb. 20.01.1969, von Arbon, Schöntalstrasse 8, vor. Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften stellt ihn kurz vor.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich stelle noch kurz vor was übrig bleibt, einiges wurde schon gesagt. Die Fraktion der SP und Gewerkschaften möchte gerne Herrn Islam Sadiki in das Wahlbüro vorschlagen. Islam Sadiki lebt schon seit 1991 in Arbon und ist hier auch als regelmässiger Besucher unserer Parlamentssitzungen bestens betraut. Er ist Vater von fünf Kindern, wurde 2009 ins Schweizerbürgerrecht aufgenommen. Er arbeitet als Hauswart in der Novaseta. Wir danken für die Unterstützung.

://: Islam Sadiki wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit 2007/2011 gewählt.

6. Fragerunde

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Es liegen drei eingereichte Fragen vor. Zwei Fragen stammen von Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften, betreffend „Abriegelung Campingplatz“ und „Wieder Scherbenhaufen im Camping“ sowie eine Frage von Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften betreffend „Wilde Plakatierung“.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Sonnige Herbst- und Wintertage locken die Menschen ins Freie und an unsere prächtigen Seeufer.

Seit Jahrzehnten war deshalb die Strandbadwiese bewusst (politischer Entscheid) auch in der kühleren Jahreszeit für die Bevölkerung zugänglich, es war eine grosse Bereicherung für Arbon-West!

Nun stelle ich fest, dass kürzlich hermetisch abgeriegelt wurde, ausser kühnen Kletterern gelingt es niemandem mehr, die Wiese zu nutzen und zu geniessen. Ganz abgesehen davon, dass Wasservogelzählungen, wie sie jedes Jahr mehrmals international durchgeführt werden, jetzt in Arbon verunmöglicht sind.

Weshalb diese unsinnige und unnötige Einschränkung? Der Campingplatz soll und kann anders geschützt werden als durch Abriegelung des ganzen Geländes!

Stadtrat Reto Stäheli: Die Stadt Arbon hat im Winterhalbjahr 2009/10 einen grossen Betrag in die Komfortverbesserung und in die Infrastruktur Camping Buchhorn investiert. Nebst einer verbesserten Zufahrt samt Brücke ist zugleich ein Warteplatz für ankommende und abreisende Gäste entstanden. Neu ist die Barriere, welche den Zugang zum Campingplatz ermöglicht. Im Sommerhalbjahr wird der Zutritt durch die Campingleitung überwacht und es ist möglich, unter oder neben der Barriere durch den Campingplatz zu betreten. Früher war dieser Teil durch einen Zaun und Tor gesichert. Neu ist ab diesem Winter hinter der Barriere und zwischen dem Eingang und der Entsorgungsstelle mit einem Condoctazaun gesichert. Die Gründe für diese Massnahme sind folgende: Keine personelle Campingleitungspräsenz im Winterhalbjahr, welche den Zutritt kontrollieren kann, Vermeidung von Verunreinigungen durch Besucher und freilaufende Hunde auf dem Gelände, klare Sicherung der Campinganlage in der Winterzeit, analog dem Schwimmbad Arbon. Die Stadt Arbon hat alle Dauermieter über die Schliessung mit Schreiben vom 05.10.2010 diesbezüglich informiert.

Lösung für den Zutritt während der Winterzeit im Strandbadgelände: Sobald die Brücke zwischen Camping und Strandbad mittels zusätzlichen Condoctazaun gesichert ist, wird das Zugangstor, welches sich in der Mitte des Strandbades befindet, Höhe Veloständer, nicht mehr abgeschlossen sein. Durch diese Türe ist dann der Zutritt zum See wieder möglich.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Wieder Scherbenhaufen im Camping. So titelt das Tagblatt am 21.09.2010. Stadtkammann Martin Klöti spricht darin von schwierigen Konstellationen und vom Spagat mit einem Pachtverhältnis. Der Stadtrat müsse nach mehreren gescheiterten Neuanläufen grundsätzliche Überlegungen zum Modell des Camping-Betriebs machen!

Darf ich daraus schliessen, dass nun endlich auch beim Stadtrat die Erkenntnis gereift ist, dass diese Strukturen, insbesondere auch diese Verbindung von Camping und Strandbad mit möglichst niedrigem Personalbestand, mit tiefstgehaltenen Kosten, untauglich sind?

Die Stelle Campingwart soll im Herbst, sprich jetzt, ausgeschrieben werden. Das heisst, dass auch jetzt ein neues Konzept bereit sein muss, deshalb meine Frage:

Wie sieht dieses neue Konzept aus?

Stadtrat Reto Stäheli: Korrekt geht es beim Betrieb des Campings mit Strandbad um ein Auftragsverhältnis, dass die Stadt Arbon für die letzten beiden Jahre, der Campingleitung erteilt hatte. Das Konzept für den Camping und das Strandbad hat sich in den letzten beiden Jahren bewährt. Die bisherige Campingleitung hat das bestehende Konzept ebenfalls für gut befunden. Die im gegenseitigen Einverständnis erfolgte Kündigung des Auftragsverhältnisses hat nichts mit dem Betriebskonzept zu tun. Es wird somit auch kein neues Betriebskonzept geben. Der Stadtrat hält am bestehenden Betriebskonzept fest.

Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften: Das Problem hat sich erst übers Wochenende ergeben, deshalb habe ich die Frage nicht früher einreichen können. Es geht um wilde Plakatierung

Am Samstag beim Papiersammeln sind mir plötzlich die Plakate bei den Strassenbeleuchtungsmasten bei der Novaseta aufgefallen. Soviel ich weiss, ist wildes Plakatieren nicht erlaubt, umso erstaunter war ich, als ich das sah.

Politisch unterschiedliche Meinungen sollen und müssen respektiert werden, damit habe ich keine Mühe. Hingegen mit dem, was sich hier gewisse Gruppierungen in Arbon leisten, schon.

Gemäss kantonalem Gesetz über Strassen und Wege ist das Plakatieren an Kreisel sowie auf Verkehrsflächen verboten.

So geht es nicht. Die SVP tritt damit die politische Kultur in Arbon mit Füssen! (Ausschaffen können wir sie ja nicht, obwohl es gesetzeswidrig ist.)

Deshalb appelliere ich an alle Parteien sich an die Gesetzte und Regeln zu halten, auch auf die kommenden Stadtrats- und Parlamentswahlen hin!

Nun meine Fragen an den Stadtrat :

1. Wie kann ein solcher Aushang überhaupt passieren, ohne dass Arbeiter vom Bauamt die Sachen gleich entfernen, wie das vor Jahren regelmässig gemacht wurde?
2. Was gedenkt die Stadt in Zukunft zu unternehmen, dass solches klar geregelt ist und nicht mehr geduldet wird?

Stadtrat Reto Stäheli: Die Mitteilung, bezüglich dieser aufgehängten Plakate konnte dem Werkhof erst am Montagmorgen mitgeteilt werden, über das Wochenende ist der Werkhof nicht besetzt.

Zu 2. Frage: Die Vorschrift für das Anbringen von Plakaten sind in den Richtlinien für Reklamen der Stadt Arbon 27. September 1999 geregelt. Im Stadtratsbeschluss 266/2004, Merkblatt betreffend Reklamen für Wahlen und Abstimmungen ist dies auch noch zusätzlich geregelt.

Grundsätzlich ist das Personal der Gemeinde berechtigt unerlaubt angebrachte Plakate zu entfernen, nur muss zuerst festgestellt werden, ob der Plakataushang unerlaubt erfolgt ist. Dies beansprucht auch immer noch etwas Zeit.

7. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Angesichts der doch etwas fortgeschrittenen Zeit, beschränke ich mich auf einen kleinen Hinweis. Der Stadtrat hat heute, als Gesamtstadtrat noch einen letzten Medienauftritt für NLK gemacht. Es werden morgen Beiträge in den Printmedien zu lesen sein und es läuft ein Teletop-Beitrag mit diesem Medienauftritt des Stadtrates, der jetzt, seit 18.15 Uhr zu sehen ist in Regio Thurgau, im Teil nach den News, Teletop jede Stunde, die ganze Nacht. Wenn sie nach dem Bier, 00.15 Uhr oder 23.15 Uhr zu Hause sind, könnten sie uns gerne noch einmal ein bisschen sehen.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich verspreche ihnen, dass es das letzte Mal ist heute Abend, dass ich hier stehe. Da es uns Parlamentsmitgliedern nicht gestattet ist, bei der Fragerunde einen Kommentar abzugeben, muss ich noch etwas nachholen.

Inge Abegglen hat bei der letzten Fragerunde zu Recht ihren Unmut über das Aussehen des Kreisels an der äusseren Landquartstrasse kundgetan und nach der Pflege des verwucherten braunen Hügels gefragt.

Herr Stadtammann Klöti führte dann in seiner Antwort aus, dass diese Fläche nach einem Pflegeplan aus meiner Hand gepflegt werde. Das bedarf einer Richtigstellung!

Ich distanziere mich so weit wie nur möglich von der Art und Weise, wie dieser Kreisel gepflegt wird. Er ist in seinem jetzigen Zustand ein Paradebeispiel dafür, wie man den Leuten naturnahe Gestaltung und in diesem Fall, Ruderalflächen vergraulen kann.

2008 und 2009 sah ich mir den Kreisel genauer an und erstellte je eine Liste mit den dort wachsenden und blühenden Pflanzen. Dazu gab ich einige Tipps, welche Pflanzen man wie fördern und welche man zurückdämmen und schon früh zurückschneiden sollte. Ein Pflegeplan ist dies bei weitem nicht, sondern eine Momentaufnahme mit Hinweisen, wie man gerade in diesem Zeitpunkt vorgehen sollte, könnte. Ruderalflächen sind sehr dynamisch und ändern ihre Zusammensetzung von Jahr zu Jahr. Man kann diese selbst steuern, indem man erwünschte Pflanzen fördert (Samenstände stehen lassen, bis sie sich versät haben, Platz verschaffen) oder sehr dominante zurückdämmt (früh zurückschneiden, evtl. ausjäten). Ich gab auch den Tipp, einen Teil der Pflanzen

zu remontieren, das heisst, spätestens im Juli zurückzuschneiden, dann würden die Pflanzen nämlich nochmals austreiben und im September-Oktober, also jetzt, blühen.

Ein Augenschein in den letzten Tagen zeigte mir, dass das alles nicht gemacht wurde. Vieles hätte man längst zurückschneiden können; das schon wieder nachwachsende Grün, bereit für den nächsten Frühling, käme dann sogar zum Vorschein. Das Problem ist, dass man dies in Handarbeit und selektiv machen muss, sich jede Pflanzenart anschaut und beobachtet, wie üppig und zahlreich sie sich verbreitet. Dann fällt die Entscheidung, was gefördert und was zurückgedämmt werden soll.

Für alle, die sich über das Aussehen des Kreisels ärgern gibt es einen Trost: Die rasch wachsende Linde in der Mitte wird schon bald soviel Schatten werfen, dass die vielfältigen sonnenhungrigen Ruderalpflanzen eingehen und verschwinden werden.

Den Kommentar zu solcher Grünplanung überlasse ich jedem einzelnen.

Ekin Yilmaz, SP und Gewerkschaften: Wie einige wahrscheinlich gesehen haben, war im Tagblatt vom 16. 09. ein Artikel über das Burkaverbot zu lesen. Diesem Artikel konnte man unter anderem folgende Aussagen von Andrea Vonlanthen entnehmen: Er ortet im Islam, so steht es im Tagblatt, eine Grundlage für Gewaltbereitschaft. Dass ausgerechnet der Präsident der Einbürgerungskommission ein solches Statement abgibt, stimmt mich sehr nachdenklich. Wir wissen alle, dass sehr viele Gesuchsteller in Arbon dieser Religion angehören. Wir wissen auch, dass die Befragung hauptsächlich vom Präsidenten durchgeführt wird. Er hat aber anscheinend Vorurteile gegenüber dem Islam. Die Musliminnen und die Muslime als gewaltbereit darzustellen, finde ich inakzeptabel, zumal ich selber Muslimin bin.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich finde es ein bisschen sonderbar wozu dieses Traktandum Verschiedenes benutzt wird. Die Aussage, die meine Kollegin hier macht, habe ich im grossen Rat als Sprecher der SVP Fraktion gemacht. Ich habe eine deutsche Studie zitiert. Es gab in Deutschland eine grosse Studie mit fünfundvierzigtausend Beteiligten und diese Studie hat dieses Ergebnis gebracht, das hier zitiert wurde. Das war nicht meine Aussage, das war das Ergebnis einer grossangelegten Studie. Wenn man Studien nicht mehr zitieren darf, dann weiss ich auch nicht mehr wo wir sind, nicht unbedingt in einem liberalen Staat.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Ich möchte noch auf eine Veranstaltung der Interpartei Arbon hinweisen. Am 28. November 2010 wählen wir ja einen neuen Schulpräsidenten für die Gemeinde Arbon. Damit die Stimmbürger und die Stimmbürgerinnen die Kandidierenden kennen lernen, lädt die Interpartei Arbon zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein. Die Kandidatin und die Kandidaten, Heinz Herzog, Regina Hiller, Hans Peter Keller und Urs Landolt werden dann von Cyrill Stadler befragt. Die Veranstaltung findet am 10. November 2010, 20.00 Uhr im Singsaal, Primarschule Stacherholz statt.

Präsidentin Claudia Zürcher: An der heutigen Sitzung ist wie anfangs erwähnt eine Einfache Anfrage betreffend „Erfahrungen mit dem Beitrags-, Gebühren- und Abgabereglement der Stadt Arbon“, gestellt von Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften, eingegangen. Sie wird an den Stadtrat weitergeleitet.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Ich danke ihnen für die aktive Mitarbeit und ihr doch recht langes Ausharren.

Ich möchte mich noch für den anfänglichen Ausrutscher, der nicht für die Ohren des Publikums gedacht war, entschuldigen. Zu den Unsicherheiten bezüglich Interpellation, möchte ich einfach sagen, wir sind kein professionelles Parlament, aber wir arbeiten daran und werden uns immer mehr verbessern. Ich möchte aber auch sagen, damit ausdrücken und Mut machen denjenigen, die sich

vielleicht einmal für eine Kandidatur zur Verfügung stellen, man darf noch Fehler machen und es soll sie nicht daran hindern, sich am politischen Leben in Arbon zu beteiligen.

Ich wünsche uns allen eine schöne und erfolgreiche Zeit, bis wir uns am 7. Dezember 2010 zur 25. Parlamentssitzung, Beginn 18.00 Uhr wieder treffen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Claudia Zürcher-Hägler

Evelyne Jung